

Bezugspreis:
Für den Monat Juni 200 M.
varius zahlbar. Unter Bezugnahme
für Deutschland, Belgien, Saar- und
Rheinland sowie Österreich und
Burgund 11.000 M., für das übrige
Ausland 13.000 M. Postbezugspreis
fr. 12.000 M. Postbestellungen
nehmen an Belgien, Dänemark,
England, Estland, Finnland, Frank-
reich, Holland, Lettland, Luxemburg,
Österreich, Schweden, Schweiz,
Tschechoslowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Schwermel“ und der
Beilage „Stellung und Kleingarten“
erscheint wochentäglich am 2. und
Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareilzeile
kostet 2000 M. Reklamzeile 15.000 M.
„Kleine Anzeigen“ das fertige
Wort 1000 M. (schlieflich zwei fertige
gedruckte Worte), jedes weitere Wort
500 M. Stellungsfrage das erste Wort
100 M., jedes weitere Wort 400 M.
Worte über 15 Buchstaben zählen
für zwei Worte. Familien-Anzeigen
für Abonnenten Stelle 100 M.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Bauhofgeschäft, Berlin SW. 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gestrichelt
von 9 Uhr früh bis 3 Uhr nachm.

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 21. Juni 1923

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 26 — Bankkonto: Direktion
der Distanz-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Beginnende Klärung.

In einem interessanten Bericht des Londoner Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ heißt es, daß die englische Politik in der europäischen Frage schon lange nicht so klar gewesen sei wie in diesem Augenblick. Die letzten telegraphischen Meldungen aus London bestätigen diese Auffassung. Das Ziel der englischen Politik geht offensichtlich dahin, sachliche Verhandlungen auf der Grundlage der deutschen Vorschläge, zugleich aber auch unter Berücksichtigung des belgischen Planes der Jahreszahlungen und des englischen Januarplanes, herbeizuführen. Die Hauptschwierigkeit besteht gegenwärtig darin, in der Frage des passiven Widerstandes eine Mittellinie zwischen dem französischen und dem deutschen Standpunkt zu finden. Hierzu liegt folgender Situationsbericht des Pariser Berichterstatters der „Times“ vor:

Man wüßte in Paris den Zeitpunkt einer Zusammenkunft zwischen Poincaré und Baldwin schneller herbeizuführen. Man sei der Ansicht, daß alles beseitigt werden müßte, was die Herstellung eines Einverständnisses mit Großbritannien verzögere. Der französische Frankten falle. In den besten Bankkreisen sei stets angenommen worden, daß die Franzosen wohl in der Lage wären, den Franken bis Mitte Juli vor Schwankungen zu bewahren, daß er aber nach dieser Zeit außer Kontrolle geraten würde, wenn keine Regelung in Aussicht stehe. Das Fallen des Franken in den letzten Tagen scheine darauf hinzuweisen, daß dieser triftige Augenblick vielleicht früher kommen werde, als erwartet werden sei. Weiter sei es klar geworden, was sich auch immer in Belgien ereigne, die französische Regierung nicht länger auf die vorübergehende Unterstützung Belgiens rechnen könne. Die Ruhrpolitik wie sie sich seither entwickelt habe, sei von den belgischen Ministern im Januar niemals in Aussicht genommen worden, und es sei nach ihrer Ansicht wesentlich, daß irgendwelche Ergebnisse gezeitigt würden. Die belgische Forderung könne in Frankreich nicht unberücksichtigt gelassen werden. Nichts habe die Franzosen seit dem Waffenstillstand so sehr berührt, wie die Möglichkeit der Absonderung Belgiens. Ein weiterer wichtiger Faktor sei das wachsende Gefühl in Frankreich, daß ein neuer Bruch mit Großbritannien nicht wieder gut zu machen sein könnte.

In demselben Bericht wird weiter die Frage des passiven Widerstandes behandelt. Poincaré halte es jetzt für möglich, nicht mehr große Truppenmassen an der Ruhr zu unterhalten, sondern sich mit einem kleinen Befehlstrupp zu begnügen. Diese neue französische Auffassung in der Ruhrbesetzung werde wahrscheinlich die Möglichkeit in sich schließen, aus der gegenwärtigen Sackgasse herauszukommen. Wenn Deutschland sich bereit zeigen werde, den passiven Widerstand aufzugeben, werde auch Frankreich bereit sein, seine Truppen aus der Ruhr zurückzuziehen und alles zu vermeiden, was sich gegenwärtig einer normalen Produktion entgegensetze. Diese Auffassung des Pariser „Times“-Korrespondenten wird bestätigt durch folgende Auslassung des „Echo de Paris“:

Poincaré habe ein ziemlich umfangreiches Programm vorbereitet, das nicht weniger als zehn Punkte enthielt. Dieses Programm sei auf belgischen Wunsch stark zusammengestrichen worden. Frankreich ist jetzt damit einverstanden, daß der passive Widerstand als ausgegeben betrachtet werden soll, wenn die Reichsregierung ihre Verordnungen und Instruktionen für die Orga-

nisation des Widerstandes zurückgezogen hat. Die Belgier sind geneigt, dann sofort die militärische Besetzung einzuschränken und Verhandlungen zu beginnen.

Doch die hier gekennzeichnete Standpunkt mit dem der französischen Regierung, so sind die gestern von uns erörterten Auslassungen des Pariser „Temps“ verständlich. Ueber die Mängel der Ausführungen des offiziellen französischen Organs haben wir uns bereits geäußert. Zu derselben Frage schreibt der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“:

„In Frankreich, wie der „Temps“ behauptet, tatsächlich davon durchdrungen, daß eine Kapitulation Deutschlands nicht in seinem Interesse liegt, dann könnte ihm doch nichts angenehmer sein als in eine sachliche und aufrichtige Erörterung eines Waffenstillstandes auf Gegenseitigkeit einzutreten. Der „Temps“ als maßgebendes Organ der französischen Öffentlichkeit könnte sich infolgedessen ein Verdienst um den Frieden in Europa erwerben, wenn er auf unsere Formulierungen über den Waffenstillstand klipp und klar antwortet und damit in der Tat den Beweis liefert, daß Frankreich die Verständigung will. Eine Verständigung kann nicht über den Weg eines Diktats erfolgen, sondern ergibt sich nur durch Abmachungen auf Gegenseitigkeit, die erträglich sind und dann auch innegehalten werden. Soweit die Frage des passiven Widerstandes in Betracht kommt, haben wir die Möglichkeit der Lösung in klaren Formulierungen gehalten, die sowohl der einen wie der anderen Seite Zugeständnisse bringt und damit im wahren Sinne des Wortes auf eine Verständigung hinauslaufen.“

Hier liegt in der Tat der Schwerpunkt der gegenwärtigen Situation. Nichts könnte die Klärung, die in London und Brüssel angestrebt wird, so sehr fördern und einen Ausweg aus der Sackgasse weisen, als eine klare, unzweideutige Stellungnahme der französischen Regierung zu der Frage eines Waffenstillstandes, der die berechtigten Interessen der beiden Kontrahenten berücksichtigen würde.

Belgiens Antwort abgeandt.

Paris, 20. Juni. (G.) Der belgische Botschafter Baron Galfier d'Hestroy erschien heute morgen am Quai d'Orsay, um in erster Linie an einer Sitzung der Botschafterkonferenz teilzunehmen. Bei dieser Gelegenheit fand ein Gedankenaustausch mit den Vertretern des französischen Auswärtigen Amtes statt, wobei der Botschafter mündliche Mitteilungen über die auf den englischen Fragebogen nach London gefandene Antwort der belgischen Regierung machte. Eine Abschrift des Wortlautes der belgischen Antwort ist der französischen Regierung anscheinend nicht übergeben worden.

Noch keine Lösung der belgischen Kabinettskrise.

Brüssel, 20. Juni. (G.) Die Regierungskrise hat auch heute noch keine Lösung gefunden. Der König setzte seine Besprechungen mit den Parteiführern heute ebenfalls fort. Es heißt jetzt, daß wahrscheinlich ein Geschäftsmann unter der abermaligen Leitung von Theunis gebildet werden würde, dessen vornehmste Aufgabe die Lösung der Reparationsfrage und des Militärproblems, das mit der Ruhrbesetzung eng zusammenhängt, wäre. Zur Sprachenfrage liegt offenbar noch keine Stellungnahme irgendeiner parteilichen Seite vor. Im allgemeinen werden die Aussichten auf eine baldige Lösung der Krise sehr pessimistisch beurteilt.

Tagung des Parteiausschusses.

Am Mittwoch trat der Parteiausschuss zur Besprechung verschiedener Fragen in Berlin zusammen. Er beschloß auf Vorschlag des Parteivorstandes, den Parteitag nicht mehr in diesem Jahre abzuhalten, sondern ihn auf Anfang nächsten Jahres zu verschieben und als Auftakt für die im Juni stattfindenden Reichstagswahlen gelten zu lassen. Bis dahin dürfte voraussichtlich auch die Programmkommision ihre Arbeiten abgeschlossen haben, so daß sich der Parteitag dann mit den neuen Statuten und dem neuen Programm der vereinigten Partei befassen kann. Außer der Besprechung einiger organisatorischer Fragen beschäftigte sich der Parteiausschuss am Nachmittag mit der politischen Lage. Hermann Müller hielt das einleitende Referat zur Außen- und Innenpolitik. Der Parteiausschuss stellte sich einmütig hinter die vom Parteivorstand und der Reichstagsfraktion eingenommene Haltung zu den schwebenden politischen Fragen.

Dringliche Beratungen.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hatte am Mittwoch eine Besprechung mit der Regierung über die Einführung der werbeständigen Löhne. Am Freitag werden sämtliche Spitzenorganisationen der Gewerkschaften zusammentreten, um den Versuch zur Ausarbeitung eines einheitlichen Vorschlages zu machen. Der ADGB hat bereits einen Vorschlag unter Beteiligung von Sachverständigen fertig-

gestellt, der am Donnerstag die Billigung des Bundesauschusses finden dürfte.

Auch die Beratungen über eine neue Stützungsaktion der Mark werden fortgesetzt. Die Forderungen der Sozialdemokratie zur Hemmung des Marksturzes an die Regierung haben ihren Eindruck nicht verfehlt. Schon hat sich das Kabinett veranlaßt gesehen, die Erhöhung eines Notzuschlages auf die Ausfuhrabgabe und eine Kürzung der Freilisten anzukündigen. Im wesentlichen handelt es sich bei den übrigen Beratungen darum, ob und wie es möglich ist, eine Einschränkung des Devisenverkehrs vorzunehmen. Die Neuauflage einer Dollaranleihe ist vorläufig nicht beabsichtigt. Die speziellen Beratungen über diesen Punkt haben den Zweck, Versäumtes nachzuholen. Bekanntlich verpflichteten sich die Banken, von der Dollaranleihe 50 Millionen Goldmark zu übernehmen, die jedoch bisher nur zu einem ganz geringen Teil eingezahlt sind. Die Regierung versucht deshalb jetzt, den restlichen Betrag von 45 Millionen Goldmark sofort zu erhalten.

Der deutsche Botschafter in Rom ist dem Auswärtigen Amt beauftragt worden, anlässlich der Katastrophe der italienischen Regierung das Beileid des Reichspräsidenten und der Reichsregierung sowie die warme Anteilnahme des deutschen Volkes auszusprechen.

Der Prozeß gegen Illessen und Genossen wegen versuchter Befreiung des Oberleutnants zur See Voigt und Dittmar aus dem Leipziger Untersuchungsgefängnis ist endgültig auf den 10. Juli vor dem Leipziger Schöffengericht anberaumt worden.

Der nationale Morast.

Die Urteilsverkündung im Hochverratsprozeß Fuchs-Machhaus ist auf den späten Termin vom 9. Juli verlagert worden. Die Öffentlichkeit aber braucht nicht so lange Zeit, um sich ein Urteil über die Dinge zu bilden, die dieser Prozeß schonerlich enthüllt hat. Ob Fuchs und die übrigen kleinen Schächer auf der Anklagebank nach dem Antrag des Staatsanwalts zu langfristigen Zuchthausstrafen verurteilt werden oder nicht, kann höchstens für die Einschätzung der sogenannten Volksgerichte noch Interesse haben, von politischem Belang ist es nicht.

Hochwichtig aber sind — politisch betrachtet — die durch vierzehntägige Verhandlung gebrachten Aufklärungen und Enthüllungen. Man kann vielleicht zunächst darüber staunen, daß die in Wirklichkeit Bayern beherrschende Clique der „niederländischen“ Verbände diese Bloßlegung des nationalen Morastes geduldet hat, den eine dreijährige Reaktionszeit in Bayern hat heraufzulaufen lassen. München ist doch sonst reich an unausgesprochenen Verbrechen. Ueber der Ermordung des Genossen Garais, über der Vorbereitung des Erbberger-Mordes, über der Beseitigung wohl eines Duzend Personen, die der völkischen Feme zum Opfer fielen — es sei nur erinnert an die Namen Baur und Hörlein —, liegt noch heute ein ungelöstes Schleier. — Wenn hier etwas aus Tageslicht kam, so müßten besondere Gründe vorliegen.

Diese Gründe sind tiefe Zerküftungen im Lager der völkischen Botschaften selber, die sich ja, wie der Prozeß vielfach gezeigt hat, in ständiger Mordebereitschaft mit dem schußfertigen Revolver in der Gesäßtasche gegenüberstanden. Das Wort „umliegen“ spielt in dem Sprachgebrauch jener Kreise eine gewaltige Rolle in dem Sinne, daß jeder dieser Herren, sobald er sich mit einem anderen entzweit hatte, darauf drang, daß der andere „umgelegt“ wurde. Bei der moralischen Qualität dieser Führer ist es an sich kein Wunder, daß maßloser Ehrgeiz, angeborenes Intrigantentum, krankhaftes Mißtrauen einzelner fortwährend solche Spaltungen schufen. Aber darüber hinaus zeichnet sich ein prinzipieller Gegensatz zweier Richtungen ab: die eine, die bayerisch-separatistische, ist nur von bayerischen Interessen beherrscht. Ihr Ziel ist ein von Deutschland losgerissenes, selbständiges Bayern, allenfalls vergrößert um die deutschösterreichischen Nachbarländer, also ein binnenländischer Kleinstaat, der naturgemäß Anlehnung an eine Großmacht braucht und sie sucht und findet bei Frankreich. Diese Richtung ist nur die gradlinige Fortsetzung des niemals ganz erloschenen reichsfeindlichen bayerischen Separatismus. Die andere Richtung dagegen, großenteils von Nichtbayern geführt, betrachtet Bayern nur als Mittel zum Zweck. Bayern soll das Zentrum einer Gegenrevolution in ganz Deutschland bilden, von Bayern aus soll die „nationale Diktatur“ über das Reich, mit dem Diktator Ludendorff an der Spitze, errichtet werden. Zwischen beiden Richtungen tobt der Kampf.

Fuchs und Machhaus haben der ersten, der bayerisch-partikularistischen Richtung angehört. Sie wollten dem Kronprinzen Rupprecht auf den Thron verhelfen, die nationale Diktatur in Bayern errichten und sich im übrigen von dem „bolschewistisch verfeuchten Norden“ absperrten. An diesen Plänen hatte die andere Partei, der es auf ein einheitlich reaktionäres Deutschland ankam, naturgemäß kein Interesse. Im Gegenteil, sie mußte diese Pläne als störend empfinden. Deshalb ließ sie — der Ausdruck aus der Verbrecherprache ist hier wohl berechtigt — die Separatisten „hochgehen“, nachdem sie ihnen scheinbar die Hand gereicht und sie nach Weise echter Prookateurspißel durch Zugabe von hilfsbereiter Unterstützung in ihrem Treiben ermutigt und bis zur äußersten Kühnheit gebracht hatte.

Freilich, „hochgegangen“ sind nur ein paar unbedeutende und heillos kompromittierte Figuren dritter Ordnung. Fuchs, Machhaus und der Rechtsrat Kühles waren durch ihre intimen Beziehungen zu dem französischen Agenten Richert und die direkte Annahme französischer Unterstützungsgelder heillos kompromittiert, mochten sie die Folgen ihrer Unvorsichtigkeit ausbaden! Deswegen sind aber durchaus nicht alle, die sich heute mit sittlicher Entrüstung von diesen entlarvten Schurken abwenden, unadelige Ehrenmänner. O nein! Um nur einen Zug zu nennen: die „nationalen“ Führer, die Fuchs, Machhaus und Kühles nachher verriet, haben sich nicht im mindesten besonnen, das an sie weitergeleitete Franzosengeld für den Ausbau ihrer Verbände zu verwenden. Die klägliche Ausrede des Kapitanleutnants Kautter, daß man diese französischen Gelder als „Beutegelder“ betrachtet habe — eine Ausrede, die übrigens von der „Deutschen Zeitung“ nachdrücklich gebilligt wird —, zeigt nur, daß in jenen Kreisen, die so gern von deutscher Ehre und deutschem Heldengeist reden, auch für schmutzigste Geldtransaktionen das moralische Mäntelchen gefunden wird.

Doch diese Schmutzerei mögen die nationalen Heiden mit ihrem Gewissen ausmachen. Hier handelt es sich um die wichtigere Frage, wer hinter Fuchs und Machhaus gestanden hat und sich, ohne sich selbst so weit vorzumagen, ihre Vermittlungsdienste an Richert gern hat gefallen lassen. Denn so verrückt waren auch die Fuchs, Machhaus und Kühles nicht.

um auf ihre unbedeutenden Namen hin einen Pusch zu wagen. Sie fühlten sich der Unterstützung maßgebender Kreise im Ernstfall sicher, sie rechneten mit aller Bestimmtheit auf Männer wie Boehner, Kahr und Epp. Warum? Wenn die Verhandlung auf diese Dinge kam, wurde sie zwar meist sorgfältig abgedrängt, aber sie gab doch einige Fingerzeige. Der Oberamtmann Friedl, der Leiter der politischen Abteilung in der Münchener Polizeidirektion, sagte an einem der letzten Verhandlungstage aus, daß Fuchs ihn am 26. Februar aufgesucht und „mit verblüffender Offenheit“ ihm seine Pläne bis ins kleinste Detail offenbart hätte. So sprach Fuchs von sofortigem Vorschlagen, von der beabsichtigten Einsetzung eines Regimentsrats usw. usw. Und was tat der politische Leiter der Münchener Polizei daraufhin? Ließ er den Mann, der sich selber eines hochverräterischen Vorhabens bezichtigte, auf der Stelle verhaften? Nichts davon! Herr Friedl nahm diese Dinge zur Kenntnis, etwa wie man die Ankündigung eines Tanzvergnügens zur Kenntnis nimmt, und beschließt seine Zeugnisaussage mit dem harmlosen Satz: „Seitdem habe ich Fuchs nicht mehr wiedergesehen.“ Brächtig für einen Leiter der politischen Polizei!

Aber das ist nur einer. Wie steht es mit der Behauptung des Fuchs, daß der General v. Mosehl, bis vor kurzem Leiter der Münchener Reichswehr, in seine Pläne eingeweiht gewesen sei und sie gebilligt habe? Wie mit der Berufung des Fuchs auf seine freundschaftlichen Beziehungen zu dem früheren, sattsam bekannten Münchener Polizeidirektor Boehner? Wie mit seiner Behauptung, daß der jetzige Leiter der Münchener Reichswehr, General v. Lossow, sich anfangs ablehnend, später aber zustimmend verhalten habe? Darüber hat der Prozeß keine Klärung gebracht. Muß noch daran erinnert werden, daß mancher von den Leuten, die jetzt entlastet von Fuchs und Nachhaus abruhen, selber zu Zeiten den Gedanken einer bayerischen Abtrennung vom Reich mit oder ohne Anlehnung an Frankreich propagiert hat, so der Vorsitzende des „Nationalen Ordnungsbloks“, Herr Dr. Tafel, so Herr Sanitätsrat Pittinger, der Nachfolger Escherichs in der Führung der Einwohnerwehren, so der in Bayern mächtige Dr. Heim, den jetzt freilich seine separatistischen Gesinnungsgenossen jüngeren Datums auf der Regensburger Donaubrücke ablehnen wollten!

Man sah ganz genau in diesem Prozeß, wie weit die deutschnationalistische Seite den Kampf gegen die Separatisten führen wollte. Die Männer, auf deren Hilfe man unweigerlich angewiesen ist, um Bayern als Reaktionsherd zu konstituieren, mußten unter allen Umständen aus dem Spiele bleiben. Nirgends aber trat dies deutlicher hervor als dann, wenn über Fuchs die Spitze des bayerischen Separatismus in Erscheinung trat: der Kronprinz Rupprecht. Mag dieser Wittelsbacher auch mit seinen an Bayern geketteten dynastischen Hausinteressen der echtpreussischen Offiziersklasse in München als arges Hindernis ihrer Pläne erscheinen — er ist und bleibt Vertreter des monarchischen Gedankens, der auch im Separatismus nicht kompromittiert werden durfte. Hier liegen die dunkelsten Punkte des Prozesses. Man erzählt, daß Kronprinz Rupprecht das von Rechtsrat Kühles entworfene und von diesem vor seinem Selbstmord vernichtete Erpöck über den Pusch in Empfang genommen hat. Man erzählt, daß Fuchs von dem Herrn v. Cramer-Klett, dem Adjutanten des Kronprinzen, mehrere Millionen Mark erhalten hat. Man erzählt schließlich, daß Fuchs ein Zusammenreffen zwischen dem französischen Agenten Richert und dem Kronprinzen Rupprecht hat vermitteln wollen, daß der Kronprinz dann freilich im entscheidenden Moment sich zurückzog und Richert durch Cramer-Klett absperrte. Aber wie war ein solches Arrangement überhaupt möglich? Als der Verteidiger des Fuchs damit droht, den Kronprinzen Rupprecht als Zeugen laden zu lassen, fällt der Vorhang über diese Dinge.

Aber wir haben doch genug gesehen. Nicht genug, um alles zu wissen, aber genug, um gewarnt zu sein. Wir haben gesehen, mit welcher Ungeniertheit man in der Gesamtheit der nationalistischen Kreise Münchens von Robilmachung der Verbände, Konzentration von Streitkräften, Terminen zum

Vorschlagen nicht nur redete, sondern wie auch unter den Augen der Polizei und Behörden solche Robilmachungen und Konzentrationen ständig vor sich gingen. An diesen Umständen hat der Prozeß nicht das Mindeste geändert. Die Kreise, die den Fuchs und Konforten in den Arm fielen, taten dies nicht, weil sie Gegner des Pusches überhaupt waren, sondern nur, weil sie diesen, den separatistischen, Pusch nicht wollten. Sie haben den kompromittierlichen, allzu offen von Frankreich finanzierten und begünstigten Pusch nur verhindert, um ihren eigenen Pusch zu fördern. Das muß unter allen Umständen im Auge behalten werden.

Die der Republik von Bayern drohende Gefahr ist um nichts geringer geworden. Solange das Reich die Dinge in Bayern treiben läßt, wird sie auch nicht geringer werden. Wer aus dem Fuchs-Nachhaus-Prozeß in erster Linie zu lernen hat, ist die Reichsregierung. Solange sie freilich passiv bleibt, muß die Arbeiterschaft um so wachsammer sein. Der Fuchs-Nachhaus-Prozeß ist nicht nur eine moralische Lehre, die zeigt, welche Subjekte in den nationalistischen Verschwörerkreisen gedeihen, welche Verkommenheit in dieser Atmosphäre von Geheimbündeln und Konspiration großgezogen wird. Der Prozeß ist weit mehr noch ein Warnungssignal, das allen Republikanern zuruft: Seid auf der Hut!

München, 20. Juni. (Fig. Drahtb.) Der letzte und 14. Verhandlungstag im Fuchsprozeß brachte noch die Verteidigungsreden für die Angeklagten Munk, Berger und Guter-mann. Munk wird von seinem Rechtsanwalt als ein Mann von durchaus nationaler Gesinnung geschildert, der nichts gewußt habe von den tatsächlichen Plänen des Fuchs und Nachhaus und ihren französischen Beziehungen. Er sei lediglich als ein Opfer seiner Freundschaft mit Dr. Kühles zu bezeichnen. Die vom Staatsanwalt beantragte Strafe sei als erorbitant und ungerecht zu bezeichnen. Aus tatsächlichen und rechtlichen Gründen müsse er Freisprechung beantragen. — Der Verteidiger Bergers gibt ein Bild der politischen Hochspannung im Januar und Februar, aus der heraus Berger beurteilt werden müsse. Eine Puschabsicht hätte bei seinem Mandanten nicht bestanden. — Der Verteidiger des Guter-mann, der sattsam bekannte Justizrat Kahl, hält eine recht radikale politische Rede und wagt, den Separatisten und phantastischen Preußenfresser Dr. Kühles als einen durchaus vaterländisch gesinnten Mann zu bezeichnen. Den vier Hauptzeugen wirft er vor, daß sie den obersten Offiziersgrundgesetz „Treue gegen die Kameraden“ (Nachhaus, Berger und Guter-mann waren bekanntlich Offiziere) nicht gehalten hätten. Als selbstverständlich beantragt auch er für seinen Mandanten Freisprechung. — Damit war die Verhandlung geschlossen. Die Ur-teilsverkündung erfolgt am 9. Juli 9 Uhr vorm.

Die Wurzeln des Militarismus.

In der deutschen und französischen sozialistischen Presse ist fortgesetzt darauf hingewiesen worden, daß niemand in so hohem Maße die nationalstisch-militaristischen Strömungen in Deutschland gefördert hat, wie die reaktionäre Politik Frankreichs. Diese Erkenntnis beginnt endlich auch in die bürgerlichen Kreise Frankreichs einzudringen. Im groß-bürgerlichen „Journal des Débats“ vom 13. Juni macht der Auslandsredakteur L. Gauvain, einer der ältesten und bekanntesten französischen Journalisten, folgendes Eingeständnis:

„Im Deutschland vor dem Spartakismus zu stehen und seine Nachbarn vor der Ansetzung durch diese Geißel zu schützen, haben die Alliierten alle Elemente des deutschen Militarismus unterstellt, den sie doch zu zerfetzen geschworen hatten. Anstatt Kurt Eisner in Bayern zu unterstützen, haben sie die Monarchisten begünstigt, die davon träumten, ein neues Deutschland unter der Krone der Wittelsbacher zu gründen. Die Bestrebungen der demokratischen Massen haben sie entmutigt, dadurch, daß sie sich über sie lustig machten. Sie haben die Deutschen, die große Intelligenz besaßen, guten Glaubens waren und die wirklich den Verfeiler Vertrag durchführen wollten, hinhinrichten lassen.“

Schwedische Studien.

Gotenburg, 19. Juni.

Schon in der Schule haben wir erfahren, daß die Völker der nördlichen Erneuerung durch den Krieg bedürfen, um nicht zu erschaffen und zu entarten. Man kann sich danach leicht vorstellen, zu welchem Grade der Verkommenheit die Schweden herabgesunken sind. Unfähig, die richtige Lehre anzunehmen, halten sie noch immer an der verkehrten Meinung fest, der tägliche fleißige Gebrauch von Wasser und Seife sei bestimmlicher als alle 30 Jahre ein Stahlbad. Was dem deutschen Auge bei Besichtigung der schwedischen Landschaft zunächst auffällt, ist das gänzliche Mangeln von Staubbildung. Es gibt, teils dieserhalb, teils außerdem, auch keine zer-rissenen Höfen. Auf dem Lande kommen einem die Hunde freundlich-melancholisch entgegen und wollen spielen. Man kann die Menschen daran erkennen, wie sie ihre Hunde erziehen.

Schon in Berlin, auf dem Statiner Bahnhof, fing es an. Ich wollte noch eiligst mein Gepäck versichern lassen, als ich einen schwedischen Freund traf. „Wo wollen Sie hin?“ — „Mein Gepäck versichern.“ — „Unnötig, in Schweden wird Ihnen nichts gestohlen werden.“ Und wahrhaftig. In diesem Märchenland stellt man nichts im Hotel noch die Schuhe vor die Tür, und in den Toiletten stehen Röcke mit feinen Handtüchern. Eigentlich muß man sich wundern, daß diese Leute Gäste aus südlicheren Kulturländern einladen, ohne zu fürchten, daß ihnen alles verfaul und gestohlen wird.

Unverständlich auch, warum sie es tun. Denn sie sagen niemals, daß sie eine großartige Ration sind. Sie nennen sich ein kleines Volk, das von den anderen außerordentlich viel gelernt hätte, besonders aus den Deutschen. Schließlich haben sie doch auch unter ihren noch nicht sechs Millionen Volksgenossen ihre Erfinder, Gelehrten, Künstler und Dichter. Und die Gotenburger Jubiläumsausstellung, zu der noch die Regierung Branting die Einladungen drucken ließ, kann sich sehen lassen. Man erkennt mit Entsetzen, wieviel großartige und schöne Dinge es gibt, die nicht in Deutschland fabriziert werden, aber die Schweden können damit nichts anfangen. Es fehlt der Berliner Kommerzgerat, der die Dinge ins rechte Licht setzt und dem Zuhörer zu verstehen gibt: Wie stehen wir da!

Man trifft hier viele Leute, die eine ungewohnte, aber wohl-tunende deutsche Mundart sprechen. Später erfährt man, daß es Schweden sind. Ueber Berlin und München, Kiel und Freiburg kann man mit ihnen reden, als ob sie Deutsche wären — mit aller Intimität und Offenheit. Sie kennen unsere Fehler, aber auch unsere Vorzüge, und schätzen sie. Wie oft habe ich sie sagen gehört: „Euren Militarismus konnten wir nicht leiden, aber wir lieben das deutsche Volk.“ Sie sagen das ohne Heraus und Wofa, mit schlichter Selbstverständlichkeit. Ja, die Schweden sind wunderbare Leute, und ihr Land ist eine andere Welt, weit, weit draußen: „im fernen Nord, unsofortigen Schritten“

Von Sohnhj nach Trelleborg sind nur vier Stunden. Aber acht Meere verbinden, Kaluten trennen. Ein Besuch in einer der vor-erwähnten Anstalten, wo die vielen Handbücher sind, kostet allein schon 20 Dore, gleich 6000 Mark nach dem letzten mir bekanntgewordenen Wechselkurs. Wie heute Dollar und Krone stehen, weiß ich nicht.

Vom deutschen Schulwesen in Rußland. Der 12. Kongreß der kommunistischen Partei Rußlands hat kürzlich in einer Resolution den neu aufkommenden großrussischen Chauvinismus verurteilt und die Forderung aufgestellt, daß den nationalen Rinder-heiten zur Entfaltung ihrer kulturellen Eigenart mehr Gelegenheiten gegeben werden solle. Rummel hat der Nationalitätenrat beim „Kartompro“ angeordnet, daß die bestehenden deutschen Schulen auch wirklich als solche eingestuft werden, mit deutscher Unterrichtssprache und mit besonderer Betonung der deutschen Eigenart und Kultur. Außerdem sollen vom nächsten Schul-jahr ab drei neu größere deutsche Volksschulen in Moskau, Petersburg und Warschau ins Leben gerufen werden. Die Schüler werden auf Grund des neuen Schulgesetzes in verschiedene Klassen eingeteilt: Kinder von Angehörigen der roten Armee und von Janakiden sind schuldlosfrei, Kinder von Staatsbeamten zahlen entsprechend dem Monatsgehalt ihrer Eltern, zur dritten Klasse gehören die Kinder von Angehörigen der freien Wirtschaft, die das höchste Schulgeld entrichten müssen. Ein Teil der Schulkosten soll auch bei den deutschen Schulen vom Staat getragen werden. Zur Ausbildung und Vervoll-kommnung der Lehrerschaft werden gemäß Beschluß der gleichen Behörde im Juni und Juli d. J. in Moskau, Petersburg und Saratow Sommerkurse für deutsche Lehrer veranstaltet, und zwar mit folgen-den Arbeitsplänen: Ueberblick der Geschichte der deutschen Literatur und der deutschen Sprache, Naturkunde, Heimatkunde, Mathematik, Physik und Chemie, ferner deutsche Literatursprache der Gegenwart mit Übungen.

Ein Rosengarten im Gefängnis. In einer Stätte, an der man es am wenigsten vermuten möchte, nämlich in dem größten Zucht-haus der Vereinigten Staaten, dem Sing-Sing-Gefängnis, wird jetzt ein wundervoller Rosengarten errichtet. Der bis in alle Einzelheiten gehende Plan für diesen Garten wird in der „Gartenhandelt“ mitgeteilt. Der Grundriß zeigt ein Rechteck von etwas mehr als 20 mal 50 Metern, in dessen Mitte eine Fontäne steht, um die Kieswege herumzuführen. Die Rosen sind an den Rändern in kleinen Rechtecken und an der einen Seite in einem Halb- rund zusammengefaßt, während die große, rasenbedeckte Mittelfläche einige besonders schöne Rosengruppen trägt. Der Plan verdient seine Entstehung und Ausführung einigen Angestellten des Gefängnisses, und die Pflanzung wird unter der Leitung eines bekann-ten amerikanischen Rosenzüchters ausgeführt. Bei der Auswahl der Rosen wurde man von dem Gedanken geleitet, eine möglichst üppige Blüte während der ganzen Rosenzzeit zu erreichen. „Neder, der auch nur einmal eine große Strafanstalt besucht hat“, bemerkt dazu der Herausgeber des amerikanischen Rosenzüchters, „kann sich eine Vorstellung von dem wirklich ungeheuren Gegensatz machen, der zwischen der landläufigen Gefängnisstimmung und der frohen Bot-schaft besteht, die dieser Rosenzüchter den Unglücklichen verkünden wird.“

Dieses Eingeständnis ist wertvoll, weil es die Wurzeln aufdeckt, aus denen die deutschen Reaktionäre, die noch heute ihr „Gott erhalte uns Poincaré!“ brüllen, ihre Kraft saugen. Es wäre noch wertvoller, wenn es den Beginn eines geistigen Wandlungsprozesses in Frankreich dokumentieren würde, der dahin führte, daß die französische Politik jene Bahnen verlasse, die nur zum gemeinsamen Ruin Deutschlands und Frankreichs und zu neuen Kriegsgefahren führen müssen.

Kommunistische Spiegelgläser.

Die gestrige Sitzung des Reichstages hat zum Schluß der Beratungen ein sehr betrübliches Bild. Bei der Beratung des Gesetzes zur Sicherung der Brotversorgung glaubten die Kommunisten ihre Liebe zur Einheitsfront durch un-schätzbare Angriffe auf die Sozialdemokratie beweisen zu müssen. Es handelt sich in erster Linie um die Ausbringung der Mittel für die künftige Brotverbilligung für Bedürftige. Ursprünglich hat die Regierung dafür die einmalige Erhöhung der Zwangsanleihe in einfacher Höhe vorgesehen. Die Sozialdemokratie verlangte sofort Sicherheit dafür, daß der Gesamtbeitrag, der für die Verbilligungszwecke erforderlich ist, durch die Zwangsanleihe aufgebracht wird. In außerordentlich langwierigen Auseinandersetzungen mit den bürgerlichen Parteien, bei denen immer wieder Abstriche zu machen versucht worden waren, gelang es, sie im Prinzip auch durchzusetzen. Dieses Gesetz ist somit zweifellos eine Verbesserung gegenüber dem Regierungsvorschlag und eine Sicherung des Reiches sowie der Bedürftigen.

Trotzdem machen die Kommunisten der Sozialdemokratie wegen dieser Kompromisse heftige Vorwürfe. Aus diesem Grunde sah sich die Sozialdemokratie gezwungen, von der Tribüne des Reichstages herab durch Genossen Herz Mit-teilung darüber zu machen, daß der kommunistische Vertreter bei den Ausschusshandlungen den Vorschlag gemacht hatte, die Zwangsanleihe in vierfacher Höhe zu erheben, während gleichzeitig die Sozialdemokratie die Erhebung des zehnfachen Betrages beantragt hatte. Genosse Herz stellte ferner fest, daß der kommunistische Abänderungsantrag, der dem Plenum vorlag, aufgebaut sei auf den sozialdemokratischen Antrag. Da dieser Gedanke aber in dem neuformulierten Antrag mit-enthalten ist, war der Vorwurf des Kommunisten nach jeder Richtung hin unbegründet.

So zeigt auch das gestrige Verhalten der Kommunisten, daß sie aus Prinzip unwahr sind und daß sie nur die Absicht haben, die Sozialdemokratie in ihrem Kampfe um die Sicherung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse zu hindern, weil es ihnen sonst an dem nötigen Agitationsmaterial fehlt.

Erhöhung des Lohnabzuges.

Auf Antrag der Sozialdemokratie wurde im Steuerausschuß des Reichstages gegen die Stimmen der bürgerlichen Vertreter mit Ausnahme eines Zentrumvertreters folgende Er-höhung der Abzüge von der Lohnsteuer beschlossen:

1. für den Steuerpflichtigen und für seine zu seiner Haushalt-zählende Ehefrau monatlich je	6 000 Mk.
wöchentlich je	1 440 „
täglich je	240 „
2. für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind monatlich je	40 000 Mk.
wöchentlich je	9 600 „
täglich je	1 600 „
3. für Werbeflecken monatlich	60 000 „
wöchentlich	12 000 „
täglich	2 000 „

Das Verhalten der bürgerlichen Parteien im Steuer-ausschuß ist insofern charakteristisch, als sie zur gleichen Zeit, wo der Versuch gemacht wird, die Steuerlast der Befähigten zu vermindern, die infolge der Geldentwertung unbedingt notwendige Milderung für die Gehalts- und Lohnempfänger ablehnen. — Die Erhöhung der Abzüge tritt am 1. Juli in Kraft.

Aus der Geschichte der Aetna-Ausbrüche.

Europas mächtigster und höchster Vulkan ist zugleich auch unter den feuerpeinenden Bergen unseres Erdteils der tätige. Sein Zwillingsbruder, der Vesuv, der sich bei seinen glücklicherweise selteneren Eruptionen drohend und majestätisch genug ausnimmt und dessen schwere Ausbrüche nicht minder katastrophal als die des Aetna waren, ist neben diesem doch nur ein Knirps; denn das Aetnamassiv ist reichlich dreifach so groß wie das des Vesuvans von Neapel. Der Stromboli auf der gleichnamigen liparischen Insel ist noch winziger, wenngleich er niemals auch nur für einen einzigen Tag zur Ruhe kommt. Über der Vesuv war, wie man weiß, bis zum Jahre 79 n. Chr. ein für erloschen geltender Vulkan, und erst der furchtbare Ausbruch, dessen klassische Schilderung wir dem jüngsten Plinius verdanken, und dem die Städte Herculaneum und Pompeji zum Opfer fielen, zeigte den Römern, daß sie sich an den Abhängen eines Vulkans ihre üppigen Landhäuser und Luststätten gebaut hatten. Doch die außerordentliche Fruchtbarkeit und die landschaftlichen Reize des Vesuvus sowohl wie des Aetnagebiets stehen bald nach jeder Katastrophe alle Sorgen und Bedenken wieder zurücktreten, und so ist auch heute der weite Abhang des Aetnagebirges von mehr als 400 000 Menschen dicht bewohnt.

Allein aus historischer Zeit kennt man rund 46 katastro-phale Eruptionen, darunter 11 Ausbrüche aus der Zeit vor Christi Geburt, unter denen die von 477 und 121 nach den geschichtlichen Ueberlieferungen am größten waren. Aus dem ersten nach-christlichen Jahrtausend fehlt es an zuverlässigen Aufzeichnungen, aber man darf annehmen, daß diese auch zu jener Zeit nicht gefehlt haben und daß nur der um die Mitte des ersten nachchristlichen Jahr-tausends erfolgte Untergang der römischen Kultur die Ursache ist, wenn wir aus jenen Zeitaltern von großen Aetnausbrüchen nichts wissen. Einer der gewaltigsten Ausbrüche des Mittelalters war der vom 4. Februar 1169, mit dem ein furchtbares Erdbeben verbunden war. Es zerstörte fast ganz Sizilien und Calabrien; in Catania blieb kein Stein auf dem anderen und die Katastrophe muß von der gleichen Furchtbarkeit gewesen sein wie die, der am 23. Dezember 1908 Messina zum Opfer fiel. Die überlebenden Bürger von Catania mußten sich mit Mühe einen Weg durch den Aschenregen und durch die glühenden Steine bahnen, die der Aetna auswarf. Zweihundert Jahre später, 1329, wurde Catania von neuem ver-wüstet; dann vergingen aber zwei Jahrhunderte ohne jede größere Katastrophe, und an den Abhängen des Aetna entstanden die meisten Ortschaften und Siedlungen, die bis zum heutigen Tage blühen. Reicher an furchtbaren Ausbrüchen als irgend ein anderes war des 17. Jahrhunderts; von 1603 bis 1620 war der Berg fast in be-ständiger Tätigkeit, aber alle diese Katastrophen bedeuteten nichts gegen das Erdbeben und den Ausbruch von 1669. Am 11. März dieses Jahres bildete sich oberhalb Nicolosi ein riesiger Spalt; aus Schlacke und Asche entstanden damals die beiden Monti Rossi, und die Lavamassen, 4300 Meter breit, wälzten sich südwärts gegen Catania, drückten die Stadtmauern ein und stießen durch den Westen der Stadt ins Meer, wo sie einen Teil des Hafens ausfüllten und die Küste weit vorschoben. 12 Städte und Dörfer waren ganz oder teilweise, 6 andere durch die Erdbeben zerstört. Im 18. Jahrhundert gab es 3, im 19. Jahrhundert 15 Verderben bringende Ausbrüche.

Das Dortmunder Blutbad.

Poincaré hat sich am Dienstag im Senat entgegen der radikal-sozialistischen Opposition für die Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan eingesetzt. Er begründete seinen Standpunkt u. a. damit, daß der Bischof Raymond, der der Befehlsarmee am Rhein beigeordnet war, dem Abgesandten des Papstes, Tessa, die „ungeheuerliche der deutschen Lügen“ bewiesen hat. Wir sind weit davon entfernt, alles, was über Gewalt- und Schandtat der Franzosen im Ruhrgebiet aus nicht immer einwandfreien Quellen der deutschen Presse berichtet wurde, für bare Münze zu nehmen. Aber selbst wenn nur die Hälfte dieser Behauptungen auf voller Wahrheit beruhte, so wäre das schlimm genug für den Ruf der französischen Armee, und Herr Poincaré hätte jedenfalls kein Recht, von den „ungeheuerlichen deutschen Lügen“ zu reden. Die Vorfälle in Reddinghausen, Wanne und dergleichen waren keine Lügen, sondern sie sind vielmehr durch einwandfreie Zeugen beobachtet und bestätigt worden, und die Kar-samstags-Tragödie in Essen läßt sich nicht aus der Westschaffen, am allerwenigsten durch das Weidener Kriegsgerichtsurteil.

Poincaré wird sicherlich auch behaupten wollen, die deutschen Berichte über die Niedermetzelung friedlicher Passanten in Dortmund als Repressalie für die Erschießung zweier französischer Feldwebel seien „ungeheuerliche deutsche Lügen“.

Indessen veröffentlicht die „Humanité“ vom 17. Juni einen Brief französischer Soldaten aus Dortmund, aus dem hervorgeht, daß die Berichte der deutschen Presse über die Schreckensnacht in Dortmund, die auch zum Gegenstand einer deutschen Protestnote gemacht wurden, alles andere als übertrieben waren. Darin heißt es:

„Es wurden Patrouillen damit beauftragt, die Verkehrsperre durchzuführen. Unsere Patrouille hat vierzig Passanten verhaftet (nur die männlichen) und es ging dies ohne Bruta-litäten vor sich. Wir zerstörten die Ansammlungen, indem wir in die Luft schossen. Aber das gleiche geschah nicht bei den anderen Patrouillen. Jene, die mindestens aus 40 Mann bestanden, verhafteten alle Passanten ohne Unterschied, schossen in die Menge hinein, um die Leute zu zerstreuen, und haben sich wie die Wilden betragen.“

Die Leute, die gefangen genommen waren, wurden bei ihrer Ankunft mit Schlägen traktiert. Wir haben einen armen Teufel gesehen, der von zwei Soldaten festgehalten wurde und von einem Sergeanten mit Fußstritten und Kolben-schlägen traktiert wurde.

Es gibt aber auch Schlimmeres: der Leutnant C. (dessen Namen die Redaktion der „Humanité“ dem Kriegsminister zur Verfügung stellt, Red. d. B.) hat einen Joliffen, der zu fliehen versuchte, mit einem Revolvergeschuß niedergeschossen. Zwei Joliffen, die ruhig ihres Weges gingen, wurden erschossen. Es wird behauptet, daß der Feldwebel B... einen Gefangenen aus einer Gruppe herausgriffen und ihn mit einem Revolvergeschuß niedergeschossen hat.

Kurz und gut, man schätzte heute morgen sieben Tote, und die Bevölkerung befindet sich in großer Erregung. Es könnten sich die schlimmsten Dinge entwickeln. Wir wollen, daß diese barbarischen Methoden, die wir verurteilen und die uns entsetzen, in Frankreich bekannt werden.“

Bekanntlich war übrigens noch deutscher Darstellung den meisten Dortmunder Opfern die plötzlich verfügte Verkehrsperre gar nicht bekannt.

Dieser Soldatenbrief beweist übrigens, wie verkehrt es ist, alle Angehörige der Befehlsarmee in einen Topf zu werfen. Er zeigt aber auch andererseits, wo die „ungeheuerlichen Lügen“, von denen Poincaré am Dienstag im Senat sprach, zu suchen sind.

Gespannte Lage.

Wersb., 20. Juni. (Gg. Draht.) Die Lage im Ruhrgebiet läßt viel zu wünschen übrig. Nach wie vor liegt der Verkehr auf den Hauptstrecken brach, so daß die Beförderung der Lebensmittel durch Autoskolonnen und Fuhrwerke erfolgen muß. Vereinzelt haben die Franzosen die Bahnhöfe wieder freigegeben, aber sie in einem solchen Zustande hinterlassen, der eine Benutzung ausschließt. Im übrigen sind die Eisenbahnstrecken aufgeworfen, so daß ein Verkehr nicht möglich ist. — In Hörde sind

Was die Geldabnützung kostet. Unser Geld ist so minderwertig geworden, daß man sich die Frage vorlegen muß, ob nicht viele der kleineren Scheine, mit denen wir heute zahlen, mehr Geld kosten, als sie wert sind. Da das Papiergeld dem „Zahn der Zeit“ besonders stark unterworfen ist, so müssen sich bei uns gewaltige Mengen von Papiergeld abnutzen, die sicher einen riesigen Betrag in Papiermarkt darstellen. In anderen Ländern, die sich auch noch im glücklichen Besitz von Hartgeld befinden, verschlingt die Geldabnützung noch größere Werte. Genaue Ziffern gibt darüber für England R. G. Martin in einem Londoner Blatt. Die Banknoten, die in England, wiewohl sie schmutzig geworden sind, aus dem Verkehr gezogen werden, belaufen sich wöchentlich auf etwa 5 Millionen Pfund Sterling. Dabei ist allerdings zu bemerken, daß der Engländer sehr hohe Anforderungen an die Reinlichkeit des Papiergeldes stellt und daß schon Scheine aus dem Verkehr verschwinden, die bei uns noch lange umlaufen würden. Beim Hartgeld treten durch die Abnützung Verluste an Metall ein, die, wenn es sich um Gold und Silber handelt, sehr beträchtlich sind. Im Jahre 1919 wurden englische Silbermünzen im Werte von 142 279 Pfund Sterling eingeschmolzen; der Verlust an Metall, den sie erlitten hatten, betrug mehr als 12 680 Pfund Sterling. Silbermünzen verlieren während ihrer Lebenszeit etwa 8 Proz. von ihrem Gewicht. Ein Gelehrter hat ausgerechnet, daß eine Münze, die dauernd im Verkehr gelassen würde, erst nach 8000 Jahren vollständig abgenutzt wäre. Bei Gold sind die Verluste, die durch Abnützung entstehen, natürlich am bedeutendsten. Von 1892 bis 1917 wurden englische Goldmünzen im Werte von 70 775 000 Pfund Sterling wegen Abnützung aus dem Verkehr genommen. Der Gewichtsverlust belief sich auf einen Wert von 982 929 Pfund Sterling. Dabei hatte aber jede einzelne Münze nicht viel mehr an Gewicht verloren, als der Wert von 2 Pence beträgt.

Erdölgefahr in Deutschland. Eine Statistik hat ermittelt, daß in 43 Jahren in Preußen 6521 Personen von Blig getötet wurden. Dies entspricht einem Jahresdurchschnitt von 150 Bligopfern. In Ländern, die näher zum Meer liegen, wie Frankreich, Belgien, Holland, treten Gewitter seltener auf und die Zahl der Bligopfer ist viel kleiner. In Deutschland sind am meisten die norddeutschen Provinzen von der Bliggefahr bedroht, weniger die mitteldeutschen und am wenigsten die süddeutschen. Im allgemeinen hat man für Deutschland eine Zunahme der Bliggefahr in den letzten Jahren festgestellt. Die Ursachen dieser Erhöhung sind nicht ganz geklärt. Ein Teil der Forscher nimmt die fortschreitende Elektrifizierung unseres Verkehrs- und Betriebswesens als Ursache an, während ein anderer Teil die starke Rauchentwicklung der Industrieanlagen als Förderer der Bliggefahr ansieht.

Karl Marx in irgischer Sprache. Das Exekutivkomitee der autonomen Republik Irland bereitet auf Staatskosten eine Gesamtauflage der Werke von Karl Marx in irgischer Sprache vor, die im Laufe eines Jahres vollständig vorliegen soll.

Die erste weibliche Privatdozentin. An der Universität Leipzig hat sich Fräulein Charlotte Kraus für tubische Pathologie und vergleichende Sprachwissenschaft habilitiert.

Einen Hans-Deutsche-Wend verurteilt Ernst Friedrich heute Abend 7 1/2 Uhr im neuen Heim der Arbeiter-Kuntpauskellungs-Vereine.

am Mittwoch von den fünf Hörsälen der Phönixwerke drei stillgelegt worden, so daß nur noch zwei in Betrieb sind.

In Weisenkirchen haben sich die Verhältnisse erneut zugespitzt. Bekanntlich sollte hier in diesen Tagen die sogenannte rote weiße Sicherheitswehr durch eine blaue Polizei ersetzt werden. Die Sicherheitswehr, die sich zum größten Teil aus Kommunisten und Unionisten zusammensetzt, weigert sich jedoch, ihren Dienst zu quittieren, so daß die Stadtverwaltung sich gezwungen sehen wird, die Entlohnung der Wehrmitglieder einzustellen.

Hilfe für die Ausgewiesenen.

Eine Verordnung des Reichspräsidenten.

Verordnung des Reichspräsidenten über die vorläufige Unterbringung Ausgewiesener. Die Franzosen und Belgier fahren täglich fort, aufrechte deutsche Männer mit ihren Frauen und Kindern aus dem besetzten Gebiet zu vertreiben, weil sie sich weigern, die vertragswidrige Ausbeutung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes durch die französisch-belgischen Organe zu unterstützen. Die Zahl der seit dem Ruhereinbruch aus dem besetzten Gebiet ausgewiesenen Personen beläuft sich schon jetzt auf mehr als 50 000 Köpfe. Täglich kommen Hunderte hinzu. Es ist eine Ehrenpflicht des gesamten deutschen Volkes, für eine angemessene Unterbringung dieser Vertriebenen zu sorgen. Schon bisher haben sich in allen Teilen Deutschlands Behörden, Vereine und Private in unermeßlicher Hilfsbereitschaft mit Erfolg um die Unterbringung bemüht.

Der Reichspräsident hat nunmehr eine auf Artikel 48 der Reichsverfassung gestützte Verordnung vom 14. Juni 1923 erlassen, durch welche die vorläufige Unterbringung Ausgewiesener auf eine gesetzliche Grundlage gestellt wird. In dieser Verordnung wird die Pflicht zur Unterbringung der Vertriebenen den Gemeinden auferlegt. Diese haben alle Vorkehrungen für die Unterbringung zu treffen. Sie können ihrerseits für Zwecke der Unterbringung Räume jeder Art in Anspruch nehmen. Ausgewiesene mit Familie sollen womöglich in Kur- und Badeorten oder auf dem Lande untergebracht werden.

Die Verteilung der Ausgewiesenen auf die einzelnen Gemeinden erfolgt auf Antrag der Fürsorgeorgane durch die ordentlichen Verwaltungsbehörden. Die Wünsche der Ausgewiesenen werden hierbei nach Möglichkeit berücksichtigt. In Orten, wo Versorgung zu angemessenen Preisen nicht zu erhalten ist, können die Verwaltungsbehörden den Gemeinden auch die Verpflichtung auferlegen, die Versorgung der Ausgewiesenen sicher zu stellen. Die Gemeinden können nötigenfalls von Dritten entsprechende Leistungen anfordern. Die Verordnung regelt dann noch die Frage der Vergütung für die gewährten Leistungen und sonstige Einzelheiten. Sie hebt ferner nachdrücklich hervor, daß die Bestimmung des Artikels 5 des Rotgebetes vom 24. Februar 1923, wonach die Ausgewiesenen auf Wohnungszuteilung vor allen übrigen Personen Anspruch haben, aufrecht erhalten wird. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Die Verhaftung Hauensteins.

Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt: Der Minister des Innern, Severing, hat durch preßgesetzliche Verfügungen vor einigen Tagen in einigen rechtsgerichteten Zeitungen festgestellt, daß er nicht, wie dort behauptet worden war, Anweisung zur Wiedereröffnung Hauensteins für den Fall gegeben habe, daß er von der Elberfelder Polizei freigelassen würde. Der Abgeordnete Schlang-Schöningen hat unter Berufung auf eine Notiz des „Vorwärts“ vom 20. d. M. diese Feststellung des Ministers als unwohl bezeugen zu können geltend gemacht. In der betreffenden „Vorwärts“-Notiz wurde ein Schreiben des Polizeipräsidenten Berlin wiedergegeben, Hauenstein für den Fall der richterlichen Freilassung für die Abteilung Ia des Polizeipräsidenten Berlin in Haft zu behalten. Der Abgeordnete Schlang irrt jedoch, wenn er annimmt, daß dieses Schreiben in Zusammenhang stehe mit den Sabotageakten, die zur Verhaftung Hauensteins in Elberfeld geführt haben. Denselben Irrtum begeht auch die „Deutsche Tageszeitung“, die sich jene Behauptungen abermals zu eigen macht. Es handelte sich vielmehr um eine ganz andere Angelegenheit, die mit der oben erwähnten nichts zu tun hatte und über die auch der Minister des Innern und seine Behörde nicht unterrichtet waren. Das Polizeipräsidentium Berlin suchte nämlich bereits seit dem Februar 1923 Hauensteins habhaft zu werden, weil gegen ihn ein polizeiliches Ermittlungsverfahren wegen Verstößen gegen die Verordnung vom 24. Mai 1921 (Aufstellung verbotener militärischer Verbände) schwebte.

Die Untersuchung über die Markstützung.

Das Rundschreiben des Zentralverbandes der Banken.

Die Sitzung des Untersuchungsausschusses über die Markstützung begann am Mittwoch mit einer Geschäftsordnungsdebatte. Die Abgeordneten Dauch (D. Sp.) und Hefflerich (Dnall.) beschwerten sich über mangelnde Objektivität bei der Berichterstattung der bürgerlichen Presse. Abg. Lange-Hegermann (Dn.) ersuchte die Mitglieder des Ausschusses, wegen der Berichterstattung der Presse nicht nervös zu werden. Genosse Schmidt fügte hinzu, daß die Presse das Recht habe, zu den Darlegungen im Ausschuh kritisch Stellung zu nehmen. Das sei auch das gute Recht der sozialdemokratischen Zeitungen.

Die beiden Zeugen Dr. Bernstein (vom Zentralverband der Banken) und Direktor Steinius (von der Devisenprüfungsstelle) wurden vereidigt. Direktor Steinius erklärte, das Rundschreiben des Zentralverbandes der Banken habe zweifellos zu einer Verzögerung der Beantwortung der Anfrage der Devisenprüfungsstelle durch die Banken geführt. Der Zentralverband hätte die Verpflichtung gehabt, die Devisenprüfungsstelle von seinem Schritte zu unterrichten. Dr. Bernstein erklärte, die Absicht der Verzögerung habe dem Zentralverband ferngelegen.

Genosse Herz stellte an Hand der Aufzeichnungen des „Sozialparlamentarier“ und „Vorwärts“ fest, daß dieser lediglich berichtet habe, daß der Zentralverband ein Rundschreiben versandt habe mit der Aufforderung, mit der Beantwortung der Anfrage der Devisenprüfungsstelle zurückhaltend zu sein. Das sei eine Tatsache-meldung, die durch den Wortlaut des Rundschreibens des Zentralverbandes voll bestätigt sei. Die Absicht der Verzögerung durch das Rundschreiben läßt sich selbstverständlich niemals nachweisen. Daß das Rundschreiben eine Erklärung der Nachprüfung der Devisengeschäfte der Banken zur Folge gehabt habe, bestätigt auf Verfragung von Gen. Herz Direktor Steinius ausdrücklich.

Auch die Vernehmung des Hamburger Großbankiers Dr. Melchior ergab nichts Neues zu den konkreten Vorgängen am und vor dem 18. April, da der Zeuge zu dieser Zeit verreist war. Seine allgemeinen Darstellungen bestätigten, daß für die schnellen Kursstürze am 18. April und in den letzten Tagen wirtschaftliche Notwendigkeiten nicht vorlagen. Am Schluß der Vernehmung dieses Zeugen wurde vom Abg. Dauch (D. Sp.) die Frage aufgeworfen, ob es ungewöhnlich sei, daß Devisen außerhalb der Börse gekauft werden. Melchior verneinte das. Als darauf Dauch Feststellungen machen wollte, daß der Handelsredakteur Deier von der „Frankfurter Zeitung“ mit seinen Behauptungen gegen den Stimmes sich im Unrecht befinde, erhob die sozialdemokratischen Mitglieder gegen diese tendenziöse und mit den Tatsachen in Widerspruch stehende Feststellung Einspruch.

Bei dieser Gelegenheit sei mit aller Deutlichkeit gesagt, daß es häufig den Eindruck macht, daß einige der bürgerlichen Mitglieder des Ausschusses sich nicht als Wähler des allgemeinen Interesses, die der Devisenspekulation entgegenzuwirken haben, sondern als Verteidiger der Devisenspekulation, die gegen das deutsche Volk gerichtet ist, fühlen. Wenn die Herren an dieser Methode festhalten, so dürfte die Notwendigkeit vorliegen, ein solches Verhalten an Hand aller bisher vorliegenden Unterlagen mit aller Entschiedenheit zu kritisieren.

Dreifache Erhöhung der Renten.

Im Ausschuh für Sozialpolitik sowie im Hauptausschuh gelang es der Sozialdemokratischen Fraktion, die Sätze der heute veröffentlichten Verordnung über die Erhöhung der Renten aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung um das Dreifache zu erhöhen. Ab 1. Juli erhöht sich die monatliche Rente für Empfänger einer Invaliden- oder Altersrente von 120 000 auf 360 000 Mark, einer Witwen- oder Witterrente von 108 000 auf 324 000 Mark, einer Waisenrente von 60 000 auf 180 000 Mark. Die Unfallrenten werden in ihrer jetzigen Bestimmung um das Doppelte erhöht.

Kleine Vorlagen im Staatsrat.

Der Preussische Staatsrat erledigte in seiner Sitzung am Mittwoch eine große Zahl kleinerer Vorlagen. U. a. wurde einem Gesetzentwurf zugestimmt, der den weiteren Ausbau der Wasserkräfte im Rhein zur Gewinnung elektrischer Stroms bezweckt. Weiter wurde einem Gesetzentwurf über die endgültige Abgrenzung der Provinzen Ober- und Niederschlesien zugestimmt. Angenommen wurde ferner eine Vorlage betreffend die Uebertragung der staatlichen Elektrizitätsanlagen an eine Aktiengesellschaft. Für die Stromversorgung im Weferquell- und Raingebiet soll in Halle eine Aktiengesellschaft gegründet werden, an der sich der Staat mit einem Betrage von 300 Millionen Mark beteiligt. Die staatliche Anlage in Dörverden soll der Aktiengesellschaft Großkraftwerk Hannover übergeben werden. Schließlich wurde auch ein Gesetzentwurf über die Unterhaltung und Erweiterung des Stettiner Hafens angenommen. Eine Anzahl Wünsche bezüglich Mietpreisberechnung und dergleichen wurden in Anträgen niedergelegt und angenommen.

Wirtschaft

Großorganisation der Elektrizitätswirtschaft.

Auf dem Mitteldeutschen Wirtschaftstag in Dessau wurden über die Mitteldeutsche Elektrizitätswirtschaft recht interessante Entwicklungsdaten gegeben. Aus den vielen Einzelunternehmungen im mitteldeutschen Wirtschaftsbezirk, wie sie die primitive Art und die bescheidenen Mittel der ersten elektrischen Versorgungstechnik darstellen und deren Zahl sich auf 140 belief, sind mit dem Fortschritt der Technik eine Reihe von größeren Gebilden entstanden, um die sich allmählich eine weitere Gruppierung herausbildete. So sind beispielsweise die elektrischen Unternehmungen der Deutschen Continental-Gesellschaft in Dessau, die Landes-elektrizität in Halle, die Ueberlandzentrale Südharz in Weiskerode und die Landkraftwerke Kuttwig in Leipzig gewissermaßen zu einer höheren technisch-wirtschaftlichen Entwicklungstufe geworden. Aus diesen heraus hat sich dann der Gedanke der Elektrogroßwirtschaft Bahn gebrochen, der in der Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt K.G. in Halle, dem Unternehmen, in dem sich die Provinz, der Anhaltische Staat und die Reichsinteressen zusammen mit der größten Privatinteressentin an der Elektrizitätsversorgung Mitteldeutschlands vereinigen, verwirklicht ist.

Zu gleicher Zeit hat aber auch der Braunkohlenbergbau in Erkenntnis der industriellen Möglichkeit seinerseits das Problem der Elektrizitätsversorgung in Angriff genommen. Frühzeitig ist eine Reihe selbständiger Kraftwerke, die Vorläufer der heutigen Großkraftwerke, an den Gewinnungsläufen der Kohle entstanden, die den wirtschaftlichen Gedanken zur Geltung brachten, daß es zweckmäßiger sein muß, statt Kohle Elektrizität zu transportieren. Von führenden Wirtschaftlern und Verwaltungsbeamten ist dann die Verbindung zwischen den im Gebiet vorhandenen Großerzeugungsläufen und den hierzu erforderlichen wirtschaftlichen Gebilden neue Form und Gestalt gegeben. Durch neue Formung und Umgestaltung der Beziehungen zwischen den Großverbraucher öffentlicher, privater und industrieller Art einerseits und den Großwerken andererseits ist in der „Egag“ (Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt K.G.) eine neue Organisation geschaffen worden.

Nunmehr ist die Möglichkeit vorhanden, nach großen Gesichtspunkten aus den Kraftwerken Mitteldeutschlands Energiewirtschaft zu treiben, wobei die großen Braunkohlenzentralen der Elektrowerke in Hohenstein, der Grube Leopold bei Bitterfeld, der Gewerkschaft Concordia bei Rochterstedt, der Braunschweigischen Kohlenwerke bei Harbke, des mit dem Mitteldeutschen in Verbindung stehenden Kraftwerkes Groß-Kanna, der Zentrale der Leipziger Landkraftwerke bei Kuttwig, des Kraftwerkes der Chemischen Fabrik Budau bei Gröbers durch ein leistungsfähiges Hochspannetz mit modernen Umspannwerken in Verbindung zu kommen.

Bedeutend ist nur, daß Vater Staat, der an der Elektrizitätserzeugung und am Verbrauch stark interessiert ist, wenn er eine Stützlampe, einen Schalter, Maschinen oder elektrische Lokomotiven braucht, immer wieder zur EEG, oder zu S. u. H., Sch. gehen muß. Er besitzt weder eigene Produktionsstätten dieser Art noch ist er an jenen Privatunternehmen beteiligt. Dabei hat er, wenn er will, die Möglichkeit, beides zu erreichen.

Elterne Berichtigungen. Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ schreibt: Otto Wolff, der größte Konkurrent Sännes, scheint in der Abgabe von Scheidemünzen sich zum Nachbeter von Sännes zu entwickeln. Wie die Firma Sännes empfangen der Wahrheit im April befristet, daß sie außerhalb der Börse 100 000 Pfund Sterling zu kaufen versucht hat, so befreit jetzt die Firma Otto Wolff, daß sie Mißbrauch mit einem Kredit des Reiches getrieben habe. Es stellt sich, daß weder sie noch ihre Teilhaber aus der Ruhrhilfe noch irgendeiner ähnlichen Organisation irgendwelche Kredite beantragt noch erhalten haben.

Dieses Dementi widerspricht in jeder Beziehung der Wahrheit. Im Untersuchungsausschuh des Reichstages hat der Vertreter der Reichsregierung mitgeteilt, daß drei Firmen, die dem Konzern Otto Wolff angehören, aus der Gewerbl. Hilfskassa Kredite im Betrage von vier Milliarden Mark zur Lohnzahlung empfangen haben, die zum Teil für andere Zwecke Verwendung fanden. Angesichts dieses wahrheitswidrigen Dementis der Firma Otto Wolff aber erscheint es uns notwendig, daß die Regierung sich nun öffentlich zu einer Auskunft bereit erklärt, falls sie nicht den Vorwurf auf sich laden will, daß sie mißglücklich ist an der von den drei Firmen des Wolff-Konzerns verübten Schädigung von Kreditinstitutionen des Reiches.

Devisenliste. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende Notierungen nachzutragen: 1 finnische Mark 3411,— Geld, 3429,— Brief; 1 spanische Pesta 18 603,— Geld, 18 897,50 Brief; 100 österr. Kronen 176,55 Geld, 177,45 Brief; 1 tschechische Krone 3720,50 Geld, 3730,50 Brief; 1 ungarische Krone 13,96 Geld, 14,04 Brief; 1 bulgarische Lewa 1596,— Geld, 1604,— Brief; 1 jugoslawischer Dinar 1421,— Geld, 1429,— Brief. Notennoten wurden zwischen 106 und 112 gehandelt.

Gewerkschaftsbewegung

Konfusion.

Die „Rote Fahne“, die die Einheitsfront dadurch herbeiführt, daß sie den Gewerkschaften täglich Betrug, Volksbetrug und ähnliche Lebenswürdigkeiten an den Kopf wirft, verfehlt natürlich auch den „Vorwärts“ nicht. Zunächst sprach sie vom „Schwindel“ der wertbeständigen Löhne. Nun hat sie unsere „Konfusion“ entdeckt. Neben mir also einmal über Konfusion.

Was fordert die „Rote Fahne“ in der Lohnfrage? Am 7. Juni schrieb sie, daß die Kommunisten den Gewerkschaften gewiß keine Schwierigkeiten machen würden, wenn diese die Klausel der gleichenden Lohnsätze mit den Unternehmern vereinbarten. Das nächste Ziel müsse aber das Existenzminimum sein. Der Arbeiter müsse sich für seinen Lohn ebensoviel wie vor dem Kriege kaufen können.

Das war zwar reichlich unklar, zumal niemand die gleichende Lohnsätze verlangt hat, die etwas anderes ist als wertbeständige Löhne, aber wir haben gelernt, gegenüber der „Roten Fahne“ in puncto Klarheit nicht sehr anspruchsvoll zu sein.

Seitdem hat sich der Standpunkt der „Roten Fahne“ geändert. Die wertbeständigen Löhne wurden eine Art Riesenbetrug, ein „freches Täuschungsmanöver zur vorläufigen Rettung der Unso-Regierung und zur Vorbereitung der großen Koalition“. Das ist zwar etwas viel auf einmal, es stand aber noch mehr dort.

Im übrigen wandelte sich das geforderte Existenzminimum in den Vorkriegslohn. Alles andere ist natürlich auch Schwindel, Volksbetrug usw. Zunächst müsse mindestens der Vorkriegslohn durchgesetzt werden. In ihrer Nummer vom 14. Juni schrieb die „Rote Fahne“ jedoch selbst:

Gegenwärtig wird aber in Deutschland nicht einmal so viel produziert, als der Friedensbedarf der Bevölkerung ausmacht, geschweige denn, daß die Produktion herangezogen wird, das zur Zahlung der Reparationen notwendig ist. Will unter solchen Umständen der Kapitalismus bestehen und Gewinne machen, dann muß er den Lohn der Arbeiter ständig noch unten drücken. Der deutsche Arbeiter wird also gezwungen, zu arbeiten erst für die Kriegsreparationen, dann für die Ernährung einer breiten Parositenfahndung und für einen hohen Unternehmergewinn, was übrig bleibt, ist für seinen eigenen Bedarf.

Wir werfen der „Roten Fahne“ nicht vor, daß sie den Arbeitern etwas verschwindelt, wenn sie ihnen erzählt, der Vorkriegslohn sei das Minimum, das sie zunächst fordern müssen. Aber wie kann sie ihre übrigen unbewiesene Behauptung, die gegenwärtige Produktion Deutschlands reiche zur Deckung des Friedensbedarfs nicht aus, in Übereinstimmung bringen mit dem geforderten Minimum der Vorkriegslohn? Wie kann sie das insbesondere tun, wenn sie selbst hinzusetzt, daß außerdem erst die Reparationen gedeckt werden müßten, ehe die deutsche Bevölkerung — nach Abzug des Unternehmergewinns — für sich arbeiten kann?

Im übrigen hat die „Rote Fahne“ uns noch nicht das Geheimnis verraten, wie sie sich die Erreichung und vor allem die Aufrechterhaltung des Vorkriegslohns vorstellt. Sie lehnt als Schwindel ab eine Lohnklausel, die während der Dauer eines Tarifvertrags die Wertbeständigkeit der vereinbarten Löhne sichern soll. Sie hat errechnet, der Vorkriegslohn betrage jetzt 400 000 Papiermark. Das wäre also eine Teuerungszahl von 12 500, die die „Rote Fahne“ zugrunde legt. Diese Teuerungszahl stimmt ungefähr überein mit der, wenn man einen Durchschnitt zieht zwischen Kleinhandelspreisen und Großhandelspreisen oder Klein- und Großhandelspreisen.

Aber morgen? Morgen wird die Rechnung doch wieder durch neue Preisstürze über den Haufen geworfen? Die „Rote Fahne“ wird uns erwidern, daß sie dann eben auf Grund des Teuerungsfaktors andere Mindestforderungen stellen wird. Schön. Also auch sie operiert mit einem Teuerungsfaktor. Ist das nun Schwindel oder Konfusion?

Der Unterschied ist nur der, daß wir verlangen, ein solcher Teuerungsfaktor soll selbstständig wirken, in den Löhnen festgelegt werden, das erreichte Lohnminimum wertbeständig während der Tarifdauer erhalten bleiben. Die Arbeiterschaft soll wieder etwas festen Boden bekommen, auf dem sie um höhere Löhne zu kämpfen vermag.

Die „Rote Fahne“ aber will, wenn wir sie recht verstehen, die Arbeiterschaft in der Illusion erhalten, daß sie etwas erreichen kann, wenn sie von Woche zu Woche um eine größere Zahl papierener Mark kämpft. Und auch das auf Grund eines Teuerungsfaktors!

Neuer Manteltarif für die Angestellten der Holzindustrie.

Die reaktionären Arbeitgeber der Berliner Holzindustrie hatten Ende vorigen Jahres den Angestellten-Tarifvertrag gekündigt. Ein neuer Vertrag sollte entweder überhaupt nicht abgeschlossen werden, oder aber nur unter Ausschluß der Lehrlinge. Lehrlinge

stehen in einem Erziehungsverhältnis und nicht in einem Arbeitsverhältnis, sagten die Unternehmer, und haben daher in einem Tarifvertrag nichts zu suchen. Es war ihnen nur un bequem, daß der A.F.V.-Bund bezüglich der Bezahlung, Arbeitszeit und des Urlaubs der Lehrlinge ein Wortchen mitzureden hatte.

Herr Baeh, der Vorsitzende der Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie, ließ kein Mittel unversucht, um zu seinem Ziele zu gelangen. War es ihm geglückt, die Lehrlinge aus dem mit dem Deutschen Holzarbeiterverband abgeschlossenen Tarifvertrag auszuschalten, so glaubte er, mit den Angestelltenorganisationen ein noch leichteres Spiel zu haben. Das war ein Irrtum. Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin fällt nach langen Verhandlungen einen Schiedsspruch zugunsten der Angestellten, und der Demobilisierungskommission erklärte ihn für verbindlich. In den Gründen für die Verbindlichkeitsklärung heißt es u. a.:

„Der Standpunkt des Arbeitgeberverbandes, daß der besondere Charakter des Lehrlings eine tarifliche Regelung der Lehrlingsgehälter ausschließe, kann als berechtigt nicht anerkannt werden.“

Auch der Lehrling leistet im Betriebe kaufmännische Arbeiten für die im allgemeinen ein Entgelt zugebilligt wird. Bei der Festsetzung der Höhe dieses Entgeltes wird zwar zu berücksichtigen sein, daß ein Lehrling erst in der Ausbildung begriffen ist, und daß auch dem Arbeitgeber durch diese Ausbildung Kosten und Verpflichtungen auferlegt werden. Für die Frage der Festsetzung des Entgeltes werden andererseits aber auch die Arbeitsbedingungen, unter denen der Lehrling tätig ist, nicht ohne entscheidenden Einfluß sein.

Die Gehaltsfrage der Lehrlinge ist daher auch eine Frage des Arbeitsverhältnisses. Bei der Regelung des Arbeitsverhältnisses in Streitfällen durch Schiedsspruch mitzuwirken, ist Aufgabe des Schlichtungsausschusses.

Die Möglichkeit einer Verbindlichkeitsklärung eines zur Schlichtung derartiger Streitfälle ergangenen Schiedsspruches ergibt sich aus § 28 der Verordnung vom 12. Februar 1920, der in § 1 Abs. 2 die Lehrlinge ausdrücklich als Arbeitnehmer im Sinne der Verordnung bezeichnet.

Die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches vom 13. Februar, soweit er die Verlängerung des alten Manteltarifvertrages bis zum 31. Dezember 1923 vorseht, auszusprechen, erscheint im vorliegenden Falle geboten.

In der tariflosen Zeit versuchte der Arbeitgeberverband, die Gehaltsfrage für die Angestellten in der Weise zu regeln, daß er seinen Mitgliedern durch Rundschreiben empfahl, einseitig von ihm festgesetzte Gehälter zu zahlen. Danach sollte z. B. im Monat Mai ein qualifizierter kaufmännischer Angestellter der Gruppe II im Höchstfalle 303 000 M., ein Kunstgewerbezeichner der Gruppe II 383 883 M. und ein Wertmeister I. Klasse im Höchstfalle 433 333 M. erhalten.

Den Angestellten glauben die Holzindustriellen alles bieten zu können. Da in den einzelnen Betrieben der Holzindustrie nur wenige Angestellte tätig sind, so ließ deren Zusammenhalt bisher sehr zu wünschen übrig. Das machten sich die Arbeitgeber zunutze. Obwohl man sich bei den für die Ergebnisse der Holzindustrie geforderten Preisen leicht einen Begriff von dem ungeheuren Profit der Herren machen kann, zahlten sie zum Teil noch nicht einmal die obengenannten Gehälter.

Die Angestellten der Holzindustrie müssen sich endlich aufrufen! Der A.F.V.-Bund ist im Begriff, den Abschluß eines Gehaltstarifes durchzusetzen. Die Forderungen für den Monat Juni sind eingereicht. Sollten die Arbeitgeber nicht mehr entgegenkommen zeigen als bisher, so wird der Kampf entbrennen. Die Angestellten werden dann um ihr nacktes Leben kämpfen müssen. Wollen Sie diesen Kampf siegreich bestehen, müssen sie sich in den freien Angestelltenorganisationen, die dem A.F.V.-Bund angehören, fest zusammenschließen. Es sind dies:

- der Zentralverband der Angestellten,
 - der Deutsche Wertmeisterverband und
 - der Bund der technischen Angestellten und Beamten.
- Nur ein geschlossenes Vorgehen verbürgt den Sieg!

Die Metallarbeiterfunktionäre zum Lohnabkommen.

Als die Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes auf der letzten Funktionärerversammlung dem Lohnabkommen, der einen Spitzenstundenlohn von 4000 M. brachte, ihre Zustimmung gaben, beauftragten sie die Verhandlungskommission, sofort erneut mit dem B.M.W. in Verhandlungen zu treten. Gestern abend waren nun die Funktionäre im Saalbau Friedrichshain versammelt, um zu dem neuen Ergebnis Stellung zu nehmen. Ulrich berichtete über den Verhandlungsengang. Er führte einleitend aus, daß schon am 14. Juni der B.M.W. von dem Beschluß der Funktionäre unterrichtet wurde. Am 18. Juni fanden die Verhandlungen statt. Die Arbeitgeber erklärten, während der Laufzeit des Vertrages eine Zulage gewähren zu wollen. Unsere Forderung lautete auf 10 000 M. Spitzenstundenlohn. Das darauf erfolgte Angebot der Unternehmer von 12 Proz. erklärte die Verhandlungskommission für nicht diskutabel. Ein neues Angebot folgte. Für die Woche vom 18. bis 24. Juni wollten die

Arbeitgeber 5500 M. und für die Woche vom 24. bis 30. Juni 6500 M. zahlen. Die Frauen- und Kinderzulage sollte um 100 Proz. erhöht werden. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen konnte noch eine andere Berufsbildung erzielt werden. Die Arbeitgeber erklärten sich nämlich damit einverstanden, nur noch wöchentliche Lohnregelungen vorzunehmen. Die Funktionäre haben jetzt zu entscheiden, ob sie das Lohnabkommen für die Zeit vom 18. bis 24. Juni annehmen oder ablehnen wollen.

Nach einer regen Aussprache und nach einem Schlußwort Ulrichs nahmen darauf die Funktionäre das Abkommen an. Eine klare Priorität stimmte dagegen. Folgende Lohnsätze gelten vom 18. bis 24. Juni: männliche Arbeiter über 21 Jahre: Klasse I 5500 M., Klasse II 5340 M., Klasse III 5200 M., Klasse IV 5020 M., Klasse V 4850 M. Stundenlohn; männliche Arbeiter von 18 bis 21 Jahren: Klasse I 4680 M., Klasse II 4540 M., Klasse III 4400 M., Klasse IV 4260 M., Klasse V 4130 M. Der feste Stundenzuschlag beträgt: Klasse I 2400 M., Klasse II 2330 M., Klasse III 2270 M., Klasse IV 2195 M., Klasse V 2115 M. Jugendliche Arbeiter von 14 bis 15 Jahren 950 M., 15 bis 16 Jahren 1380 M., 16 bis 17 Jahren 1770 M., 17 bis 18 Jahren 2130 M. Stundenlohn. Jugendliche Arbeiterinnen von 14 bis 15 Jahren 950 M., 15 bis 16 Jahren 1240 M., 16 bis 17 Jahren 1600 M., 17 bis 18 Jahren 1970 M. Stundenlohn. Arbeiterinnen von 18 bis 21 Jahren 3160 M. Stundenlohn, über 21 Jahre 3710 M. Stundenlohn. Der feste Stundenzuschlag beträgt: 1615 M.

Löhne der Hausangestellten.

Am Montag hat der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin die Löhne der Hausangestellten in Geschäfts- und Industriehäusern wie folgt geregelt:

Mit Wirkung vom 16. Juni werden folgende Wochenlöhne festgesetzt: Hausmeister 245 000 M., Wächter, Fahrstuhlführer, Hauswarte und Fahrstuhlführer 225 000 M., Hausaufseher 210 000 M., Hofreiner, Hilfsarbeiter und Fahrstuhlführerinnen 200 000 M., Niederdruckbeizer 245 000 M., Hochdruckbeizer, Maschinenisten, Schlosser und Heizungsmonteurs 270 000 M., Reinemachefrauen pro Stunde 2900 M.

Die neuen Lohnregelungen sind ab Freitag im Bureau des Deutschen Portierverbandes (Sektion VII des Deutschen Verkehrs-Bundes), Berlin W. 92, Bahreuther Str. 81, gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu haben. Der Schiedsspruch vom 6. Juni, welcher die Löhne für die erste Hälfte des Monats Juni regelt, ist am 16. Juni verbindlich erklärt worden.

Neue Löhne in der Lederverwaren-Industrie.

Die Lohnverhandlungen am Dienstag endeten mit dem Ergebnis, daß für die 8. Juni-Woche der Lohn um 7,5 Proz. und für die 4. Juni-Woche um 9,5 Proz. erhöht wurde. Diese Prozenterhöhungen kommen auf alle zurzeit gezahlten tatsächlichen Woch- und Zeitlöhne. Der Lohn eines Facharbeiters stellt sich demnach auf 5950 M. (6030 M.), eines Hilfsarbeiters auf 5414,50 M. (6033,30 M.), einer Hilfsarbeiterin auf 4046 M. (4508,30 M.). Der Wochenlohn der Lehrlinge beträgt im 1. Jahre 26775 M. (26835 M.), im 2. Jahre 32725 M. (32465 M.) im 5. Halbjahr 41850 M. (40710 M.) und im 6. Halbjahr 44925 M. (40725 M.).

Für die im Sattlerverband organisierten Linoleumleger wurden vereinbart vom 11. bis 18. Juni 4200 M., vom 14. bis 21. Juni 5300 M. und vom 22. bis 30. Juni 7500 M., Teppichflorierinnen erhalten für dieselbe Zeit 3525 M., 5005 M. und 6475 M.

Löhne der Metallschleifer.

Die Löhne in den Betrieben des Verbandes der Metallschleifer und Galvanisanstalten betragen für die Zeit vom 11.—17. Juni für Metallschleifer und Galvanisierer 4500 M., für Arbeiter über 21 Jahre 5750 M., von 20—21 Jahren 2950 M., von 19—20 Jahren 2900 M., von 18—19 Jahren 2870 M., Galvanisierinnen 2390 M., Arbeiterinnen über 21 Jahre 2700 M., von 18 bis 21 Jahren 2800 M., Jugendliche: Männliche von 14—15 Jahren 710 M., von 15—18 Jahren 1000 M., von 16—17 Jahren 1290 M., von 17—18 Jahren 1550 M., Weibliche 690, 900, 1160, 1430 M. Die Akkordzulage beträgt 1100 M. umgerechnet in Prozenten auf den Durchschnittsakkorddienst.

Bei der in dieser Woche stattfindenden Lohnzahlung sollen erhalten Wochlohn auf die kommende Lohnzahlung: Schleifer und Galvanisierer 50 000 M., alle übrigen Arbeiter 40 000 M., Frauen 30 000 M., Jugendliche 20 000 M., Lehrlinge 10 000 M.

Verantwortlich für Text und Bild: Walter Galt, Berlin; Gewerkschaftsbewegung: F. Steiner, Berlin; Bebilderung: G. G. Böder, Berlin-Wilmersdorf; Redaktions- und Sonstiges: Fritz Karchh, Berlin-Wilmersdorf; Anzeigen: Carl Gleditsch, Berlin. Verlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin.

Theater, Lichtspiele usw.

Spernhaus 7 1/2 Uhr: Der goldene Hahn	Volkshäuser 7 1/2 Uhr: Der Zerrissene	Deutsches Opernhaus 7 1/2 Uhr: Tosca
Schauspielhaus 7 1/2 Uhr: Peer Gynt	Lessing-Th. Sommertheater! Alltäglich 8 Uhr: Liebesstreik	Friedr.-Wilhelmst. Th. 8 Uhr: Die blonde Ratte
Theater L. G. Königgrätz. Str. 8 Uhr: Die wunderl. Geschichten des Kapellm. Kreutzer 1. Teil	Gr. Schauspielhaus 8 Uhr: Die Bacchantin	Metropol-Theater 7 1/2 Uhr: Die Frühlingsfee
Berliner Th. 7.30 Uhr: Mädi	Deutsches Th. 7 1/2 Uhr: Die Frühlingsfee	Metropol-Theater 7 1/2 Uhr: Die Frühlingsfee
8 Uhr: Trianon-Th. Walzer	Kammerspiele 7 1/2 Uhr: Der Faun	Metropol-Theater 7 1/2 Uhr: Die Frühlingsfee
Residenz-Th. Tägl. 8 Uhr: Die Entlassung	Deut. Künstler-Th. Die 7 1/2 Tugend-prinzessin	Metropol-Theater 7 1/2 Uhr: Die Frühlingsfee
8 Uhr: Kleines Th. Ida Wast in Das verlorene Kamellet	Berliner Prater Kastanien-Allee 7-9 Täglich: Die schöne Liselott	Metropol-Theater 7 1/2 Uhr: Die Frühlingsfee
8 Uhr: Central-Theater Die Summe Liebe Operette Musik von Vikt. Holländer	Die schöne Liselott Operette in 3 Akten Dazu: Das große Variété-Programm	Metropol-Theater 7 1/2 Uhr: Die Frühlingsfee
Theater des Ostens (Rose-Theater) 7 1/2 Uhr: Trompeter von Salkingen	Theater am Kottbus. Tor Tägl. 7 1/2 Uhr: Elite-Sänger U. a.: Die letzte Rose	Metropol-Theater 7 1/2 Uhr: Die Frühlingsfee
Uhr Internat. Variété		

Deutsch. Opernhaus
7 1/2 Uhr:
Tosca

Friedr.-Wilhelmst. Th.
8 Uhr:
Die blonde Ratte

Gr. Volksooper
im Theat. d. Westens
8 Uhr:
Die Fledermaus

Intimes Theater
8 Uhr:
Diplomat im Dienst
D. blauer Pyjama etc.

Zustspielhaus
8 Uhr:
Die blaue Hawaii

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr:
Die Frühlingsfee

Neues Theat. a. Zoo
Täglich 8 Uhr:
Der Lebkuchener
des Fridericus Rex

Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr:
Vater und Sohn

Renalsance-Theat.
8 Uhr:
Kampf der
Geschlechter

Schiller-Th. Charl.
8 Uhr:
Süße Susi

Thalia-Theater
Täglich 8 Uhr:
Die rote Katze

Th. a. Nollendorfpl.
Tägl. 7 1/2 Uhr:
Die schöne Rivalin

7 1/2, Wallner-Th. 7 1/2
Das Königs Nachbarin

„Groß-Berlin“ (Mim.)
Tägl. 8 Uhr:
Gastliche Flitterwachen

Urania
Alt-Berlin

Reichshallen-Th.
Allabendl. 7 1/2, 9
Tägl. 8 Uhr:
Die Post-Offizier
Der Scherz
Herr
Dobbert
Brettl
Tel. 7 1/2, 8

Nordern
Das Nordsee-Paradies

Direkte Schnell- und Dampfverbindungen Norddeich-Norderney
Sowas über Bremen/Bremerhaven od. Hamburg/Cuxhaven a. Helgoland
Auskunft und Führer durch die Bade-Verwaltung und die Reisebüros

An jeden Käufer Abgabe nur je 1 Stück

Ausnahme-Angebot soweit Vorrat

Reizende Jumper, verschiedene Farben	72 500	Wundervolle Strickjacken	210 000
la Covercoatmäntel	330 000	Mollige Wintermäntel	295 000
Entzückende Kostüme	470 000	Elegante Tuchmäntel	495 000
Blaue Kleider, elegante Artfärbung	195 000	Flotte Röcke	75 000

Größte Eile geboten

Eleg. Pelzmäntel, Pelzjacken, Plüschmäntel, Modellkostüme noch zu sehr billigen Preisen.

Simon Westmann

Damenkonfektion und Trauermagazin

1. Geschäft: Berlin W. 8, Mohrenstr. 37a 2. Geschäft: Berlin, Gr. Frankfurter Str. 115

Casino-Theater
12. Die Schöpfung
Heiraten mußte!

Marken-Zigaretten
Schweizer Stumpfen
und Zigarren
gibt billigst ab
Adolf Nagel
Hermannsplatz 6

Schokolade
sehr preisw.

Sarotti
Stollwerck
Mauslion
Kant u. a. Marken
billig!
Eisen & Diamant
Kaiserstr. 4
Andreasstr. 13

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsbüro Berlin N. 54, Linienstraße 83/85,
Geschäftst. vom. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 833 bis 836
und 6592 bis 6595.

Gute, Donnerstag, den 21. Juni,
nachm. 3 Uhr, im Hotel Stargarder Str. 3

**Branchenversammlung
der Feilenarbeiter.**
Die Tagesordnung wird in der
Versammlung bekanntgegeben.

Wagen- und Kofferarbeiter
Freitag, den 22. Juni, nachmittags
3 1/2 Uhr, im Verbandshaus (Arbeits-
loftplatz), Lindenstraße 85/86

Vollversammlung
aller in den Wagen- u. Kofferfabri-
kanten beschäftigten Kolleginnen
und Kollegen.
Tagesordnung: 1. Bericht über
unseren Lohnverhandlungen. 2. Dis-
tuffen.

Freitag, den 22. Juni, nachmittags
3 Uhr, in den „Reichs-Frieden“,
Reichsberger Straße 31

**Branchenversammlung
der Emailer und verwandten
Berufe.**
Tagesordnung: 1. Bericht über
unseren Lohnverhandlungen. 2. Branch-
angelegenheiten und Beschließens.
Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Sonabend, den 23. Juni, abends
7 Uhr, im Hotel von Neumann,
Gubener Straße 43

**Branchenversammlung
der Kuisen- u. Elektroarbeiter
sowie Schweizerinnen.**
Tagesordnung: 1. Vortrag: Die
Entlohnung von Arbeiterinnen nach dem
Beleidergesetz und den Demobil-
sierungsbestimmungen. Ref.: Rodeg
R. Dopplert. 2. Branchenangelegen-
heiten und Beschließens.
Das Erscheinen aller ist Pflicht.

Admirals-Variété
Berlins
8⁰⁰ bestes Programm

Rennen zu Strausberg
Donnerstag, 21. Juni
nachm. 3 Uhr

Wichtig für Sackankäufer!
Neue und gebrauchte Sacke, auch
Emballagen, taugt hochhaltend
Sackhandlung Metzger
Neue Schönehauser Straße 12
Telephon: Amt Norden Nr. 8003

Brillanten
Gold-, Silber- (Bruch) Platin,
Zahngelbe, Zahn 500—1000,
Münzen, Doubles, Alpakas,
Blattgold, Kristalle, Quack-
silber, Photoapparate, Feld-
stecher, Silberlot kauft

Kurt Kehlert
Berlin, Lothringers Straße 34

Ungeheuer gestiegen im Preise sind
alle Lebensmittel u. Bedarfs-
artikel. Kleine Anzeigen
im Vorwärts sind immer noch **billig!**

Die mittlere Verwaltung
sind heute morgen, Freitag,
nicht hat.

Die Ostpreussische

Das Gleichgewicht im Berliner Haushalt!

Praktische Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion.

Das unmöglich Erscheinende ist nun doch möglich geworden: Der Berliner Etat balanciert nach dem Stande vom 1. April 1923! Der Ausgleich ist gelungen, obgleich das 28-Milliarden-Defizit des Magistratsentwurfs durch die Einschränkung des Umsatzsteueranteils, die nach den Beratungen des Landessteuergesetzes im Reichstag zu erwarten ist, um weitere 10 Milliarden noch kurz vor Loosenschluß erhöht worden war. Nicht auf allen Seiten des Hauses und nicht auf allen Seiten des Magistrats war man von der Notwendigkeit des Ausgleichs überzeugt. Es gab Kreise, die auch heute noch in dieser bittersten Not, die unerbittlich Wahrheit und Offenheit verlangt, dafür plädierten, dem Haushaltsplan der größten Kommune der deutschen Republik mit den Mitteln der Schminke- und Feinretusche bestimmte auf Außenwirkung berechnete Züge aufzusehen. Die einen glaubten, durch einen absichtlich unausgeglichenen Etat dem Reich und den Ländern die Not der Städte besonders ausdrucksvoll vor Augen führen zu können. Die anderen erwarteten wieder von einem auf Bluff balancierten Haushalt besonders vorteilhafte Wirkungen für den Kredit Berlins. Beide Anschauungen hat die Sozialdemokratie auf das entschiedenste bekämpft. Die Augenblicksnot der Stadt ist so groß und das für den Kredit ausschlaggebende Sachvermögen andererseits so gewaltig, daß eine Politik der Verschleierung nach der einen oder der anderen Seite hier nur Schaden anrichten könnte. Mehr als je zuvor gilt es heute, zu sehen, was ist, und offen zu zeigen, was ist.

Das Sparprinzip.

Daß an dem auf dem Sparprinzip schlechthin aufgebauten Haushaltsplan wesentliche Ersparnisse durch Verminderung der Ausgaben nicht mehr zu erreichen sein würden, war von vornherein klar. Weder auf sozialem noch auf kulturellem Gebiet kann eine Stadt, die ihrer Verantwortung bewußt ist, in dieser Zeit der Not die ihr gestellten Aufgaben noch härter als bisher einschränken. Wohl aber erschien es uns möglich, den Verwaltungsapparat noch mehr als bisher zu vereinfachen. Eine Stadt in Not kann sich den Luxus eines leer laufenden Verwaltungsmechanismus schlechterdings nicht leisten. Die Sozialdemokratie konzentrierte darum ihre Kraft darauf, hier durch einen planmäßigen Abbau des Beamtenapparats, durch Streichung überzähliger Beamtenstellen Ersparnisse zu erzielen, und es gelang, auf diesem Wege die Ausgabenseite um drei Milliarden zu entlasten. Der Rest des Defizits in Höhe von 32 Milliarden mußte durch Erhöhung der Einnahmen gedeckt werden. Bei den bürgerlichen Parteien bestand das Bestreben, diese Summe möglichst gleichmäßig auf Steuern und Wertsüberschüsse zu verteilen. Ein dahingehender deutschnationaler Antrag war bereits zu Anfang der Beratungen angenommen worden. Hiergegen richtete sich der schärfste Kampf unserer Partei: Denn eine so erhebliche Steigerung der Wertsüberschüsse müßte notwendigerweise eine über das Maß des wirtschaftlich Notwendigen hinausgehende Erhöhung der Löhne für Gas, Wasser und Elektrizität nach sich ziehen und damit die breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung bis zur Unerträglichkeit belasten. Die Sozialdemokratie verlangte demgegenüber, daß die Lasten des Defizits im wesentlichen auf die wirtschaftlich stärksten Schultern gelegt würden und daß dies im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Verhältnisse durch eine kräftige Besteuerung der großen Gewerbebetriebe erreicht werden müsse.

Die Lohnsummensteuer.

Eine schematische Steigerung des Prozentsatzes der Gewerbesteuer kam allein nicht in Frage. Denn einmal wird eine dadurch schärfere bewirkte Vermehrung der Einnahmen mit der wachsenden Geldentwertung nur ausnahmsweise illusorisch, und sodann würde dies infolge der geforderten Erhöhung der Lohnsummensteuer zur Folge haben, die von den Arbeitern zurzeit nicht ertragen werden kann. Bei dieser Sachlage entschied sich unsere Partei für die Einführung einer einprozentigen Lohnsummensteuer, die das angestrebte Ziel erreicht, ohne die erwähnten Gefahren nach sich zu ziehen. Die Bedenken, die gegen die Lohnsummensteuer erhoben werden, sind bekannt. Die Unternehmerschaft wird geneigt sein, bei Tarifverhandlungen den einprozentigen Abzug irgendwie in Anrechnung zu bringen. Dies zu verhindern, ist eine Frage gewerkschaftlicher Kraft und Taktik. Daneben begünstigt eine Steuer auf den Familienlohn der Arbeitnehmerchaft

natürlich in gewissem Sinne die sozial rückständigen Betriebe und gibt bei den Gehältern der höchstbezahlten Angestellten derselben Umgehensmöglichkeiten wie die Einkommensteuer. Eine Arbeiterpartei ist verpflichtet, alle diese Bedenken ernstlich zu würdigen. Wir sind ja leider nicht in der Lage, nach freiem Ermessen die uns günstig erscheinende Steuerform auszuwählen, sondern sind gezwungen, zwischen mehreren Lebens das Kleinste zu wählen. Und die Frage steht für uns einfach so, ob wir darauf verzichten wollen, die einzige zurzeit mögliche Form einer Besitzsteuer auszubauen und dafür die Belastung der breiten Massen durch höhere Gaspreise usw. in den Kauf nehmen wollen, oder ob wir die Lohnsummensteuer trotz der gegen sie zu erhebenden Bedenken einführen wollen. Oesterreich, und Wien in besonderer hat sich seit langem für das letztere entschieden — die Lohnsummensteuer ist dort jetzt auf 4 1/2 Proz. gesteigert — Altona, Magdeburg, Hannover und andere Städte sind gefolgt. Auch in Berlin hat unsere Partei in der gegenwärtigen Zwangslage einstimmig dieselbe Entscheidung gefällt. Die bürgerlichen Parteien wehrten sich mit Händen und Füßen gegen eine solche Belastung der Großbetriebe. Alle bekannten Gründe, vom Zusammenbruch des Gewerbes bis zur Abwälzung auf die Verbraucher, wurden je nach Bedarf ins Feld geführt. Sie hätten höchstens acht Milliarden für das Gewerbe tragbar, während zwölf Milliarden auf die Wertsüberschüsse gelegt werden sollten. Die Sozialdemokratie forderte demgegenüber zwölf Milliarden aus der Gewerbe- und Lohnsummensteuer und eine Höchstbelastung von sechs Milliarden für die Werte, weil diese Summe ohne Tarifserhöhungen herausgewirtschaftet werden könnte, und drohte in aller Form mit dem Abbruch der Verhandlungen und der Ablehnung des Etats, wenn die Bürgerlichen auf ihren Forderungen bestehen sollten. Erst so gelang es, die Rechtsparteien zum Nachgeben zu zwingen und ein Kompromiß zustande zu bringen, das ganz dicht an der Grenze der sozialdemokratischen Forderungen liegt: 11,1 Milliarden auf Besitzsteuern, 7 Milliarden auf die Wertsüberschüsse.

Der Rest des Defizits

wird gedeckt durch eine Erhöhung der Schöpfung des Anteils aus der Einkommensteuer um sechs Milliarden, durch eine Verdoppelung der Hundsteuer (vier Milliarden), eine Steigerung der Abgabe der Güter um eine Milliarde und eine Verdoppelung des gemeinen Wertes der Grundstücke, wodurch die Grundsteuer um drei Milliarden erhöht wird. Die Finanzverwaltung verlangte ursprünglich eine Verdoppelung und zuletzt eine Verdreifachung der Grundsteuer. Beides glaubt unsere Partei ablehnen zu müssen, weil die Grundsteuer für bebauten Grundstücke auf die Mieter abgewälzt wird. Hier müssen wir so vorsichtig wie irgendmöglich vorgehen, zumal, wenn die Balancierung des Etats, wie es sich tatsächlich gezeigt hat, auch ohne dies erreichbar ist.

Die Sozialdemokratie hat alle Ursache, das erzielte Ergebnis mit aufrichtiger Genugtuung zu begrüßen. Es ist gelungen, das Gleichgewicht im Haushalt herzustellen, ohne die Massen der Verbraucher durch Erhöhung der Kohlenkaufes oder durch eine stärkere Ausnützung als bisher auszusaugen zu müssen. Die Genugtuung wäre aber nur halb, wenn das mühselig hergestellte Gleichgewicht für den 1. April durch die inzwischen eingetretene Geldentwertung bereits wieder über den Haufen geworfen wäre. Der für die Zukunft wichtigste Beschluß war daher die auf unsern Antrag erfolgte Einführung einer Geldentwertungsklausel in die starren Gemeindefesteuern. Erst dadurch, daß die verpätete Zahlung von Gewerbesteuern, Hundsteuern usw. keine Vorteile für den Steuerpflichtigen mehr bringt, sondern in vollwertigen, also erhöhtem Maße zu erfolgen hat, erst dadurch, daß die Einnahmen in Papiermark künftig automatisch mit den Ausgaben steigen, ist der Haushalt der Reichshauptstadt auch für die Zukunft gesichert. Berlin geht hier endlich einmal voran, und es ist bezeichnend für die Parteien, die sich so gerne als die Schützer südlicher Finanzen und seiner gesamten Wirtschaft aufspielen, daß dieser Beschluß gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Volkspartei gefaßt werden mußte. In der Sozialdemokratie ist es, das Verhalten der bürgerlichen Parteien und der Kommunisten, die auch hier bei der

Balancierung des Haushalts ihre schwache Kraft in der Opposition erschöpfen, den Massen des schaffenden Volkes in Berlin zum Bewußtsein zu bringen. Richard Lohmann.

Er kann so und auch anders!

Ein fast unglaubliches Stück demagogischer Verschleierungskunst leistet sich Herr Paul Michaelis im „Berliner Tageblatt“, der mit der Miene des besorgten Stadtvaters über die „Mehrbelastung der Berliner Bürger um rund 32 Milliarden“ jammert: Die Hundsteuer „mocht bedenklich“, die Grundsteuer ist noch „härter“, an die Gewerbesteuer knüpfen sich die „schwersten Bedenken“, die Geldentwertungsklausel ist „kaum tragbar“. Er verschweigt dabei nur das eine, daß seine Partei und unseres Wissens er selber allen diesen bedenklichen Dingen im Hauptauschuß zugestimmt hat. Und wenn Herr Michaelis dann am Nachmittag desselben Tages, an dem diese Abstimmungen stattgefunden haben, eigenhändig schreibt: „Deshalb sind aber die Parteien noch nicht genötigt, sich diesem Vorschlag anzuschließen“, so kann man nur sagen: Höher geht's nimmer! Daß Herr Michaelis auch die 7 Milliarden Wertsüberschüsse kurzerhand als „künftige Tarifserhöhungen“ bucht, obgleich dies ausdrücklich abgelehnt ist, paßt zu dem Gesamtbilde, das sich hier bietet. Die demokratische Partei sollte sich aber klar darüber sein, daß auf diese Weise Politik schlechterdings nicht gemacht werden kann. Eine Partei, die im selben Augenblick Ja und Nein sagt, die nicht den Mut aufbringt, die von ihr selbst als nötig erkannten allgemeinen Lasten vor der Öffentlichkeit und in ihrer Presse vertreten, schaltet sich selbst als politischer Faktor aus. Die demokratische Partei hat es in der Hand, sich vor diesem Schicksal zu bewahren. Die Sozialdemokratie wird sich jedenfalls durch keine Schaukelpolitik irgendeiner bürgerlichen Partei von ihrem klaren politischen Sinne abdrängen lassen.

Der Schlüssel.

Nicht vom Haushaltschlüssel soll die Rede sein, obgleich auch der heutige Tag ein Wertobjekt darstellt, so daß sein Verlust schwer am Geldbeutel empfunden wird. Nein — der Schlüssel, der uns hier beschäftigt, ist idealer Natur, er ist nicht „greifbar“, sondern nur ein Produkt der Bestandestätigkeit. Ob ihn deshalb die klugen Buchhändler wohl aufgebracht haben? Jedenfalls ist er durch sie dem Volke am meisten eingepreßt worden. Was war das in der ersten Zeit der schamhaften Teuerung für ein mühseliges Rechnen mit den Teuerungszuschlägen — da gab es solche des Herstellers, dann des Großisten und zuletzt der Ladenaufschlag! Endlich war aber das Ei des Kolumbus gefunden: man gab dem Verkäufer einfach den „Schlüssel“. Um beim Buchhändler zu bleiben: das Buch hatte früher 2 Mark gekostet — der Schlüssel lautet — sagen wir mal 3000 — folglich sind für das schmachtige 2-Mark-Buch jetzt 6000 Mark zu zahlen. Die einfache Sache von der Welt! Die Zentralinstanz detriert: der Schlüssel ist heute 3000 — morgen 3500 — übermorgen 4000 — schnellstens prägt sich diese Zahl dem Gehirn ein, da gibt es kein Umrechnen, kein Umschreiben — wirklich das Ei des Kolumbus. Gibt ein Antiquar einen Katalog heraus, so legt er fürsorglich an die Spitze: ändert sich in der Folge der Schlüssel, so ist die Grundzahl mit dem neuen Werte zu multiplizieren. Arm-festige Lören die Kalben, denen ein solcher Katalog in die Hand fällt und die beim Durchblättern auf die von früher vertrauten Zahlen von 1—10 etwa stoßen — ihr habt eben nicht den Schlüssel beachtet, der allein erst die Tür zu den angelegten Schätzen öffnet.

Und macht die Eisenbahn es nicht ebenso? Sie verfindet: die Fahrpreise werden verdoppelt — nun rechnet auch den Preis für eure Fahrkarte Berlin—Neuruppin — bisher 940 M. — selber aus. Daß der Schlüsselbund immer größer wird, größer werden muß, leuchtet ein, denn nichts ist für das Gemissen bequemer, als solchem Nachwort des großen Unbekannten zu folgen. Der Bauer, der für seinen Roggen, sein Rind, seine Milch und Eier den Weltpreis fordert und (selber) erhält, hat unstreitig den größten Schlüssel. Er wird auf der von der späteren Weltgeschichte veranfaßten Schlüsselauktion den ersten Preis davontragen. Daß dieser Preis mit dem Fluße von Millionen belastet ist, wird ihm nicht viel Kopfschmerzen machen. . .

Als die Wasser fielen.

Von Otto Rung.

In diesem Augenblick kam Helmuth zum Vorschein und begann Gude kritisch zu betrachten. Es war gerade eine Pause, und die Stimme des Knaben, die rau und tief wie die eines Erwachsenen war, tönte mit einer verblüffenden Autorität. „Warum“, sagte er, „hat Herr Gude alle Bücher und Bilanzen von der Dänischen Werft in seiner Kajüte unten?“ Der Vater streichelte dem Knaben die Wade. Herr Gude wäre vom Minister ernannt worden, um alle Bilanzen durchzusehen, erklärte er väterlich. Deshalb dürfte er die Bücher in seiner Kajüte haben. Und wenn er damit fertig wäre, wollte er versuchen, die Werft wieder flott zu machen, so daß ihre Schiffe wieder fahren könnten. „Krieg' ich dann ein Pöppel?“ fragte der Junge. „Wie die beiden dort!“ Er zeigte hin. Auf dem Kai hielt ein kleines, weißlackiertes Fahrzeug, das mit zwei kleinen seidenmähnigen Pferden bespannt war. Der Knabe kannte den Wagen mit den beiden Rückenfiguren von der Straße her. „Na, gibt es endlich Mittagessen?“ grunzte er und rieb sich den Magen. Das Fahrzeug war jetzt durch den Segelstuchvorhang verborgen, und Gude fand es politisch am richtigsten, über die Landungsbrücke hinaus zum Wagen zu gehen. „Ich hoffe, Sie werden vorlieb nehmen“, sagte er, als er zurückkam, „der Wagen hatte nicht Gedede genug mit, er kommt aber in einer Viertelstunde wieder. Edith hilft mir vielleicht, den Tisch in meinem Arbeitsraum zu decken. Es wird sicher zu kühl sein, um hier an Deck zu essen.“ Offenbar hatte Helmuth die beiden Rückenfiguren achtern an Bord gehen sehen, aber er sagte nichts, betrachtete Gude nur mit einem spöttischen Ausdruck um seinen verkniffenen kleinen Mund. Eine verlegene Pause war entstanden. Nur Pauli schien sie zu genießen. Er sah mit einem gutmütigen Lächeln die Augen da und schien mit den festgepushten breiten Stiefelabsätzen den Dorn des Schweigens so tief hineinzudrücken, daß es geradezu peinlich wirkte. Raud Martens hatte sich der Zeitwand genähert, wandte sich aber gleich wieder um und betrachtete Gude mit einer Spur von Skepsis im Blick. Später, beim Essen in der Kajüte, kam sie auf ihren Plan zurück, ihn hier an Bord mit ihren Freundinnen zu besuchen:

„Mehrere von ihnen haben Sie noch gar nicht gesehen, vielleicht werden Sie auch Gefallen an einer finden. Vera Borg kann viel für Sie in ihrem Blatte tun. Nächste Woche einmal? Würde Ihnen Donnerstag passen?“ Doch jetzt unterbrach Andreas Pauli sie. „Ist es mir als Altesstem und Bernünftigstem gestattet, zu protestieren?“ sagte er. „Als Direktor der Dänischen Werft muß ich verbieten, daß der Mann, der wiedererwacht ist, was gefallen ist, irgendeiner Versuchung zu Wasser oder zu Lande ausgesetzt wird! Herr Gude will Arbeitsruhe haben, nicht wahr? Dürfen wir das verhindern? Na, was meinst du, Billy?“ „Schön“, lachte Raud Martens, „dann begnüge ich mich damit, allein zu kommen!“ Sie hob ihr Glas und trank Gude zu, indem sie ihm über den Rand einen selbst am berauschten Blick zuwarf; die Pupille wurde fast purpurn vom Wiederschein des Weines gefärbt. Er erinnerte sich, wie sie sich vorhin, zitternd wie eine kleine trischgrüne Eidechse, in ihrem Pelz an ihn gelehnt hatte. Hitze und Unruhe durchwogten sein Blut. Erst ein wenig später trank er ihr zu, indem er mit einer höflichen Verbeugung unterstrich, daß er nur seine Pflicht als Wirt erfüllte. „Ich hoffe“, sagte sie da, „daß Sie die Dänische Werft wirklich wieder auf die Beine bringen können, so daß unsere Lantienne ebenso fein wird wie voriges Jahr. Papa sitzt, wie Sie wissen, im Aufsichtsrat, und ich bin selbst Aktionärin. Zu tausend gekauft“, lachte sie. „Jetzt stehen die Aktien neun —“, sie fügte hinzu: „und drei Viertel!“ Gegen seinen Knöchel spürte Gude einen seidenweichen Druck: ihren Fuß, der sich augenblicklich wieder fortzog. Sie sah ihn plötzlich mit dunkeln Augen an, die in den Schatten der rufschwarzen Wimpern und Brauen verumhüllt waren. Die Luft kam ihm in der niedrigen Kajüte erstickend schwer vor. Der Duft von Wein und Parfüm legte sich ihm auf die Brust. Wie aus der Ferne kam Paulis Stimme, dumpf, rollend, zu ihm. Durch die Stimme, dachte Gude, hat er gesiegt; mit der hat er von seinem Schulkatheder geherrscht, bis sie geübt genug war, um eine Generalsammlung in gewaltigem Respekt zu halten. Die Stärke seiner Kommandos ist seine mächtige Kehle. Gude beobachtete, daß Pauli nicht trank, aber oft das Glas mit einer Bewegung zum Munde hob, als leerte er es bis zum Grunde. Jetzt erzählte er von seiner armen Gesellschaft „Bjarne“ und beklagte Kapitän Högelunds unabwendbaren Ruin. „Er ist außer Landes gereist“, sagte er, „hat Verantwortung und

alles im Stich gelassen, aber es spricht vieles für seine Entschuldigung. Er war Seemann und an Land nicht am rechten Platz!“ Vor einem guten Monat“, sagte er, „kamen seine beiden jungen Töchter und boten mich um Hilfe. Es sind Zwillinge, zwei niedliche kleine Mädchen. In Pöppel und Parifer Hüten“, fuhr er fort, „aber hungrig, so hungrig, daß ich sie beinahe nicht satt bekommen hätte, obwohl ich meine Speisekammer ganz leerte.“ Er fügte hinzu: „Biel war es ja nicht; ich lebe für gewöhnlich sehr spartanisch. Das bin ich von meiner Kindheit nur allzu sehr gewohnt!“ Ja, also für die Zwillinge setzte ich das Fremdenzimmer instand. Da schliefen sie. Als ich am nächsten Tage eine Stunde mit dem Frühstück auf sie gewartet hatte, ließ ich das Mädchen bei ihnen antkopen. Aber sie waren weg, alle beide! Wertwürdig, nicht wahr? Sie hatten doch gesagt, daß sie zu mir, als ihrem einzigen Freunde auf der ganzen Welt kämen!“ Wählich vermisste er den Sohn und wurde unruhig. Gude ging an Deck, und da sah Helmuth, mit Ellbogen und Knien festgehalt, oben in den Wanten. Auch die anderen kamen jetzt an Deck. Der Junge machte eine unhöfliche Handbewegung gegen sie. Eine Leine rief unter ihm, und er begann zu heulen. Er konnte nicht herunterklettern. Schließlich stieg Gude hinauf und holte ihn. Als er kam, trat ihm der Junge, augenscheinlich mit Absicht, auf die Finger. Er wich beleidigt den Umarmungen seines Vaters aus und ging den anderen voran in die Kajüte, um seinen Nachtschiff zu bekommen. „Ich habe einundzwanzig Spargel gegessen“, erklärte er etwas später, „und fünf Schneebälle!“ Gude blinnte unruhig auf, er hatte keinerlei Erinnerung daran, was er selbst gegessen hatte. Raud Martens Schulter war der seinigen sehr nahe. Sie wandte ihm ihr Antlitz zu, ihr Blick war verschleiert, violett von Träumen. Wählich sprach der Knabe wieder. „Warum“, fragte er, „ist die Dame, die Herr Gude achtern hat, nicht mit bei Tisch?“ Alle lachen auf, und er fuhr fort: „Ihr meint vielleicht, ich hätte sie nicht oben vom Mast sehen können! Sie hatte eine rote Bluse und einen grünen Rock an, und sie sah vor einer offenen Kajütlür und ah das selbe Essen wie wir! Und ich wußte nicht, warum ich den Mund halten sollte, wenn das, was ich sage, Wort für Wort wahr ist!“ (Fortsetzung folgt.)

